Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". Telephon Nr 926.]

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111. **Dienstag, den 15. Mai 1900.** **7. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Das agrarische und das antiagrarische Kartell.

Die Zeiten haben sich geändert. Früher schimpften die Konservativen auf den „unsozialen manchesterlichen Liberalismus" und die Liberalen auf die „kathedersozialistischen Konservativen". Jetzt wirkt das Wörtlein „sozial" auf die Konservativen wie das rothe Tuch auf Truthühner und gewisse horntragende, hufgespaltene und wiederkäuende Vierfüßler, während umgekehrt der freihändlerische Manchesterliberalismus seine ziemlich ausgeleerte Rüstkammer mit Waffen aus dem Arsenale der Kathedersozialisten zu füllen sucht.

Schon zu wiederholten Malen haben wir ausgeführt, wie die Hochschutzzöllner nach der Facon Stumm eine Allianz auf Leben und Tod mit dem Krautjunkerthum eingegangen sind, wie selbst der kanalschwärmerische Flügel der großindustriellen Bourgeoisie, die um Krupp, sich Aufnahme in diesen Bund edler Seelen zu verschaffen trachtet.

Geängstigt durch dieses erneute Kartell der industriellen und agrarischen Schutzzöllner, dieses Kartell, das sich jedoch von dem früheren durch ein weit entschiedeneres Vorwiegen des Agrariertums und durch ausgesprochene Handelsfeindschaft auszeichnet, suchen die Vertreter der kommerziellen und finanziellen Bourgeoisie, die Vertreter des Handels, namentlich des Exporthandels, der Banken und der Börse ängstlich herum nach Verbündeten: wissen sie doch sehr wohl, daß sie für sich allein außerstande sind, jenem Kartell Widerstand zu leisten. Freilich: eine ehrliche Waffenbrüderschaft, wenn auch nur auf kurze Frist und zu eng umgrenzten Zwecke, mit dem Proletariate einzugehen, dazu vermögen sich diese zitternden Handelsleute, deren Herzen in ihren Geldsäcken wohnen, nicht aufzuschwingen. Die eingewurzelte Furcht vor dem Schreckensworte „Sozialismus" verstehen sie nur soweit zu bannen, daß sie zaghaft an dem siebenmal durchsiebten, homöopatisch verdünnten, mit fremden Bestandtheilen bis zur Beseitigung fast des ursprünglichen Geschmackes versetzten Gebräu zu nippen sich erkecken, das die Sombart, die Brentano, namentlich aber die Naumann mit größerer oder geringerer Kunst aus dem Weine des ursprünglichen Sozialismus zu bereiten gewußt haben.

„Liberale Sozialpolitik" lispelt das „Berliner Tageblatt" frei nach Sombart, Herkner und Brentano. „Hoch der Bund zwischen Demokratie und Kaiserthum" schreit es aus Leibeskräften, nachdem es vom Pfarrer Naumann die Parole empfangen hat.

Wie das so zu gehen pflegt: der Ruf, der aus einem Munde in den anderen übergegangen ist, verliert viel von seinem ursprünglichen Inhalte und büßt ganz seine natürliche Melodie ein. — Wohl ist es eine sehr verschwommene Vorstellung, besser ein Gemisch zum Theil sehr verschiedener Vorstellungen, was der Pfarrer Naumann unter dem Sammelnamen „Demokratie" zusammenfaßt. Aber das Naumannsche Ideenbild behält doch wenigstens immerhin eine entfernte Aehnlichkeit mit der ursprünglichen Bedeutung des griechischen Wortes „Demokratie", das auf deutsch bekanntlich in wörtlicher sowohl wie sinngetreuer Uebertragung „Volksherrschaft" heißt. Im „Berliner Tageblatt" dagegen hat das, was dort „Demokratie" genannt wird, mit „Volksherrschaft" oder dem Bestreben, eine solche herbeizuführen, nicht das geringste mehr zu thun; alles, was nicht agrarisch ist, wird mit einem kühnen logischen Sprunge — „Seiltänzersprung über den Niagara", pflegte Lassalle in solchem Falle zu sagen — mit „demokratisch" gleichgesetzt.

Verschwimmt der verschwommene Begriff der Naumannschen Demokratie im Gehirne der Leute des „Berliner Tageblattes" noch mehr, so wird dagegen der Naumannsche Monarchismus, an sich überspannt genug, bei den Mosse's u. s. w. derartig überspannt, daß er von dem reinen, baaren Byzantinismus sich in nichts, aber auch in gar nichts mehr unterscheidet. Die alte Geschichte: macht einmal der deutsche Liberalismus in Loyalität, so läßt er gemeinhin das Junkerthum „hinter sich so weit."

Die um Rickert, sie wissen sehr wohl — ihr klügster und bester Mann, Dr. Theodor Barth, hat es ja offen ausgesprochen — daß die festeste Reserve, die sicherste Schutzwehr im Kampfe gegen das Agrarierthum das politisch organisirte Proletariat, d. h. die Sozialdemokratie, ist. Aber, wie schon gesagt, in der Angst um den Geldsack, der die große Mehrzahl dieser Liberalen durchzittert, suchen sie lieber an jede andere Stütze, als an diese natürliche, gegebene sich anzuklammern.

Daher der Byzantinismus, daher das Liebäugeln mit der Flotte, daher das Herrn Naumann abgelauschte Preisen Wilhelms II. als des Industriekaisers.

Soweit ist der deutsche Liberalismus herabgekommen, daß die Stummsche „Post" es wagen darf, ohne fürchten zu müssen, widerlegt zu werden, leitende linksliberale Blätter des Byzantinismus anzuschuldigen.

Ja, ja — die Waldeck und die Ziegler, die Harkort und selbst die Hoverbeck müssen sich im Grabe umdrehen, wenn sie das Treiben ihrer freisinnigen Epigonen ansehen können.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.")

Berlin, den 12. Mai 1900.

Aus dem Reichstage. Graf Ballestrem macht aus seinem Herzen keine Mördergrube. Er fühlt sich nicht mehr als Präsident des Hauses, sondern als Präsident der Heinzemehrheit und bekennt es offen in Worten und Thaten. Gestern hatte sich Genosse Singer nach den Beschlüssen des geheimen Konventikels erkundigt, das hinter den Kulissen manscht, um die lex Heinze doch noch zu retten. Der Vizepräsident Schmidt aber hatte ihm keine Auskunft geben können, da sein erster Kollege es nicht für nothwendig gehalten hatte, ihn in seine Absichten einzuweihen. Heute holte nun Graf Ballestrem vor Eintritt in die Tagesordnung das Versäumte nach. Es ist von ihm auf Grund seiner präsidialen Autorität beschlossen worden, die zweite Lesung der Flottenvorlage erst nach Pfingsten vornehmen zu lassen und vor den Ferien außer den Unfallgesetzen die lex Heinze, das Fleischbeschaugesetz und die Nachtragsetats zu erledigen. Diesen Beschluß hat er selbstherrlich und ohne den Seniorenkonvent zu befragen, gefaßt. Von diesem will er überhaupt nichts mehr wissen: Die Geschäftsordnung giebt ihm das formale Recht auf die Mitwirkung des Seniorenkonvents zu verzichten. Der Seniorenkonvent ist eine freie Institution, der unter Mitwirkung der Vertreter aller Parteien die Geschäftsvertheilung gewohnheitsmäßig regelt. Seitdem aber die Obstruktion ihre Zähne gezeigt hat, gefällt dem Grafen Ballestrem der Seniorenkonvent nicht mehr, er will ihn nicht mehr einberufen, bis die lex Heinze erledigt ist. Bei dieser Erklärung ließ er es wieder nicht an einem Angriff gegen die Parteien fehlen, die im Interesse der Freiheit und der Kunst das klägliche Machwerk bekämpft hatten. Er verzichtet jetzt offenbar auf jeden Schein von Objektivität und bei den Verhandlungen über die lex Heinze, die Mitte der nächsten Woche wohl wieder beginnen werden, wird er sicherlich alles thun, um die Minderheit zu knebeln.

Nun sind die Karten aufgedeckt. Die Opposition weiß, wann sie ins Feuer kommt und jede Ueberraschung ist ausgeschlossen. Singer stellte das in seiner ruhigen Art, die von der Aufgeregtheit des Präsidenten angenehm abstach, fest. Erledigt ist der heutige Zwischenfall wohl noch nicht. Vielleicht überlegt sich der freisinnige Präsident Schmidt, ob er neben dem Grafen Ballestrem noch am Platze ist. Von unserer Seite wird unter diesem Präsidenten der Seniorenkonvent wohl kaum noch beschickt werden, wenn er überhaupt noch jemals frohe Urstände feiern wird.

Der zweiten Lesung des Unfallversicherungsgesetzes für land- und forstwirthschaftliche Arbeiter wird nicht viel Interesse entgegengebracht. Die Berathung gedieh bis zum § 9. Das Bild, das die Beschlüsse bieten, ist das alte. Im allgemeinen wird an der Kommissionsfassung festgehalten, und unsere Verbesserungsanträge fallen ebenso zu Boden wie gewisse Verschlechterungsanträge der Rechten. Nur zwei Verbesserungen wurden erreicht. Einmal wurde die obligatorische Versicherung bei Unfällen im häuslichen Dienst an Stelle der fakultativen, die die Kommission beschlossen hatte, gesetzt und zweitens die Zahlung der Renten in Naturalien von der Zustimmung des Empfangsberechtigten abhängig gemacht.

Am Montag wird die Berathung fortgesetzt.

192. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky.

Präsident Graf Ballestrem: Ich möchte auf die Anfrage des Herrn Abg. Singer vom Schluß der gestrigen Sitzung zurückkommen. Herr Singer meinte zunächst, daß bei der Wichtigkeit der Angelegenheit das Präsidium in allen seinen Mitgliedern von den Dingen, um die es sich handelte, unterrichtet sei. Im Reichstag giebt es aber nur einen Präsidenten, kein Präsidium. (Sehr richtig! rechts.) Herr Singer fuhr dann fort: Man hört, daß unter dem Vorsitze des Präsidenten eine Besprechung der Geschäftslage stattgefunden hat, zu der die gesammte Linke nicht zugezogen ist. Dies muß als eine Umgehung des Seniorenkonventes angesehen werden. Vor allem muß ich mir und meinen Nachfolgern auf diesem Sitze das Recht wahren, nach eigenem Gewissen zu bestimmen, welchen Konferenzen ich beiwohne, wie ich mich darin auslasse und was ich aus ihnen mittheilen will. In dieser Beziehung erkenne ich keinen Richter über mich. Außerdem ist aber die ganze Sache nicht richtig. (Heiterkeit.) Ich habe gar keine solche Konferenz abgehalten. Es sind nur einige Herren zu mir gekommen, um mit mir über die Geschäftslage zu sprechen. Es heißt ferner, die gesammte Linke des Hauses war von dieser Konferenz ausgeschlossen. Ich weiß nicht, wo Herr Singer die Linke beginnt (Heiterkeit), wenn er sie links vom Zentrum beginnt, waren Herren der Linken dabei. Endlich spricht man von einer Umgehung des Seniorenkonvents. Der Seniorenkonvent ist kein geschäftsordnungsmäßiges Institut des Reichstags, sondern eine durch die Gewohnheit eingeführte Institution, die von mir nicht anerkannt wird. Ich gebe zu, daß der Seniorenkonvent oft sehr fördernd für die Geschäfte des Reichstags wirkt. So lange alle Parteien dieses Hauses darin einig waren, die Berathung der Vorlagen zu fördern, konnten solche vertraulichen Besprechungen abgehalten werden. Wenn aber die eine oder andere größere Partei es zu ihrer Aufgabe macht, die geschäftsordnungsmäßige Erledigung solcher Vorlagen mit formellen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln zu verhindern, was man im gewöhnlichen Leben Obstruktion nennt, (Heiterkeit) dann sehe ich keinen Segen mehr in diesen vertraulichen Besprechungen. Deshalb habe ich in der gegenwärtigen Situation den Seniorenkonvent mit Absicht nicht berufen. (Bravo! rechts.) Herr Singer sprach von Beschlüssen, die in diesen Besprechungen gefaßt worden seien. Beschlüsse sind garnicht gefaßt worden, ich habe nur mitgetheilt, wie ich mir den weiteren Verlauf der Berathungen denke. Was nun die Dispositionen selbst angeht, so waren die Herren Vertreter nur in der Lage, dies für die allernächsten Tage anzugeben, weil die Bestimmung über die Dispositionen eben dem Präsidenten obliegt. Ich habe die Absicht, zunächst die Unfallgesetze zu erledigen. Da das Flottengesetz noch immer in der Kommission verhandelt wird und keine Aussicht ist, die zweite und dritte Berathung vor Pfingsten zu erledigen, habe ich in Aussicht genommen, die noch bis jetzt zurückgestellten Sachen auf die Tagesordnung zu setzen, das heißt die dritte Lesung einzelner Paragraphen der Gewerbenovelle, der sogenannten lex Heinze, die dritte Lesung des Fleischbeschaugesetzes, sowie die Nachtragsetats. Gleich nach Pfingsten soll dann das Haus wieder zusammentreten, um die Flottenvorlage zu berathen. Das ist das große Geheimniß, das Herr Singer wissen wollte. Ich glaube, er wird jetzt befriedigt sein. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Singer (SD.): Ich danke dem Herrn Präsidenten dafür, daß er nun dem ganzen Hause davon Mittheilung gemacht hat, was er bisher nur mit einzelnen Mitgliedern des Hauses verabredet hatte. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe schon gesagt, daß Verabredungen nicht stattgefunden haben. Ich verlange, daß der Herr Abg Singer meinen Worten Glauben schenkt, solange ich an dieser Stelle stehe. (Bravo! rechts.)

Singer (SD.): Wenn ich den Ausdruck „Verabredung" gebraucht habe, so wollte ich damit selbstverständlich kein Mißtrauen gegen den Herrn Präsidenten aussprechen, sondern ich meinte nur, ich bin erfreut darüber, daß nun dem ganzen Hause mitgetheilt worden ist, was der Herr Präsident mit einigen Mitgliedern besprochen hatte. Im Uebrigen erwidere ich dem Herrn Präsidenten, daß ich sehr wohl weiß, daß es kein Präsidium, sondern nur einen Präsidenten giebt. Mein Irrthum bestand nur darin, daß ich annahm, daß der Herr Präsident bei so wichtigen Angelegenheiten auch seinen Stellvertretern Mittheilung von seinen Absichten macht. Der Herr Präsident hat gesagt, daß die Thatsachen, die sich vor Ostern abgespielt haben, ein Zusammenwirken aller Parteien nicht wünschenswerth erscheinen lassen, wenn er auch vom Nutzen des Vertrauensmännerkollegiums überzeugt sei. Bisher hat der Verlauf der Dinge im Reichstag der Auffassung recht gegeben, daß eine glatte Erledigung der Geschäfte am besten durch das Zusammenwirken der Vertreter aller Parteien erreicht wird. Ich kann nur lebhaft bedauern, daß ein aus rein sachlichen Motiven hervorgegangenes Auftreten — ich spreche jetzt nur für meine Partei — den Herrn Präsidenten veranlaßt hat, eine Anschauung, die bisher allgemein als die richtige gegolten hat, nicht anzuerkennen.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung, zweite Berathung eines Unfallversicherungsgesetzes für die Land- und Forstwirthschaft, ein.

§ 1 bestimmt den Umfang der Versicherung, wonach alle in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamte, letztere, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Gehalt oder Lohn 3000 Mk. nicht übersteigt, gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle versichert sein sollen. Dasselbe gilt für Arbeiter oder Betriebsbeamte in land- oder forstwirthschaftlichen Nebenbetrieben, insbesondere bei solchen, in denen, ohne daß sie als Fabriken anzusehen sind, Dampfkessel oder durch elementare oder durch thierische Kraft bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen. In der Kommission sind alle diejenigen gewerblichen Arbeiter, welche nicht direkt für den land- und forstwirthschaftlichen Betrieb arbeiten, nicht den land- und forstwirthschaft-

lichen Berufsgenossenschaften zugetheilt werden. Anträge von konservativer Seite wollen aber diesen Zustand aufheben und diese besser bezahlten gewerblichen Arbeiten, die auf den Gütern und ihren Nebenbetrieben beschäftigt sind, in die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften bringen, in denen die Rente nur nach dem Durchschnittstagelohn für landwirthschaftliche Arbeiter berechnet wird. Speziell ein Antrag Gamp (RP.) spezialisirt die Nebenbetriebe näher und giebt eine über die Kommissionsfassung hinausgehende Definition derselben.

Gamp (RP.): In der Landwirthschaft müssen die Unternehmer oft je nach der Art der Nebenbetriebe verschiedenen Berufsgenossenschaften angehören. Deshalb will mein Antrag den Begriff Nebenbetrieb genau feststellen. Man hat gesagt, die Unfallentschädigungen für die ländlichen Arbeiter seien nicht ausreichend. Wir haben deshalb in einer Resolution eine bessere Gestaltung der ganzen Angelegenheit als nothwendig anerkannt und haben auch eine Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne vorgesehen. Ich bitte Sie um Annahme meines Antrags.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Woedtke: Der Antrag Gamp will nur eine Definition des Begriffes landwirthschaftlicher Nebenbetrieb geben, was für die Praxis immerhin von Werth wäre. Falls Sie also der Regierungsvorlage nicht zustimmen können, empfehle ich Ihnen den Antrag Gamp zur Annahme.

v. Waldow und Reitzenstein (K.) zur Geschäftsordnung bittet, die Berathung über Abs. 6 des § 1 bis zur Berathung über die §§ 6a und 6aa zurückzustellen. (Das Haus ist damit einverstanden.)

Rösicke (Wildlib.): Der Antrag Gamp will eine größere Zahl von Nebenbetrieben als bisher in die landwirthschaftliche Versicherung einbeziehen. Da aber in den gewerblichen Betrieben die Renten nach dem Individuallohn, in den landwirthschaftlichen nach dem Durchschnittslohn berechnet werden, würde diese Einbeziehung für die gewerblichen Arbeiter eine Verschlechterung bedeuten. Zum mindesten müssen die Renten dieser Arbeiter nach den Individuallöhnen berechnet werden, wenn die Nebenbetriebe in die landwirthwirthschaftliche Versicherung einbezogen werden sollen.

Molkenbuhr (SD.): Wir wollen eine möglichste Vereinfachung der Versicherung herbeiführen. Nach unserer Meinung müßten alle Arbeiter gleich behandelt werden. Da aber nun einmal dies Spezialgesetz geschaffen ist, in dem die Arbeiter am schlechtesten weggekommen, wünschen wir, daß möglichst wenig gewerbliche Arbeiter hineinkommen. In diesem Gesetz wird die Rente nach den sehr niedrig bemessenen Durchschnittslöhnen berechnet. Ob der Wunsch der Kommission, diese Durchschnittslöhne zu revidiren, Erfolg haben wird, muß abgewartet werden. Am richtigsten wäre es, wenn die berufliche Gliederung beibehalten würde.

Darauf wird der Antrag Gamp angenommen. Die Abstimmung über den Paragraphen wird ausgesetzt.

§ 1a bestimmt nach der Regierungsvorlage, daß sich die Versicherung auf häusliche Dienste erstreckt, zu denen versicherte Personen von ihren Auftraggebern oder deren Beauftragten herangezogen werden.

Dagegen will die Kommissionsfassung, daß diese Ausdehnung der Versicherung durch Genossenschaftsstatut bestimmt werden kann.

Dazu beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (SD.) und ebenso der Abg. Frhr. v. Richthofen (K) die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Die Abgg. Brockmann und Gen. (Z.) wollen dem Paragraph eine Fassung geben, die sich von der der Regierungsvorlage nur redaktionell unterscheidet.

Molkenbuhr (SD.): Die Kommission hat den Paragraphen so geändert, daß die Erstreckung der Versicherung auf häusliche Dienste dem Statut der Genossenschaften überlassen bleibt. Gerade in der Landwirthschaft ist das sehr wenig angebracht, da hier gewerbliche und häusliche Arbeiten sehr miteinander übergehen.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Antrag Brockmann: Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit einer redaktionellen Aenderung fast einstimmig angenommen. Damit sind die übrigen Anträge erledigt.

Die §§ 1b bis 5 werden debattelos angenommen.

§ 6 bestimmt: Im Fall der Verletzung werden als Schadenersatz vom Beginn der 14. Woche nach Eintritt des Unfalls ab gewährt. (Folgt die Aufzählung der Leistungen.)

Die Sozialdemokraten wollen diesen Eingang wie folgt gestalten: „Im Fall der Verletzung werden als Schadenersatz für diejenigen Verletzten, für welche eine landesgesetzliche, statutarische oder sonstige Krankenversicherung, die mindestens so viel gewährt, wie die Mindestleistungen nach dem reichsgesetzlichen Krankenversicherungsgesetz betragen, (Hälfte des ortsüblichen Tagelohns) nicht besteht, vom Eintritt des Unfalls ab, für alle übrigen Verletzten vom Beginn der vierzehnten Woche nach dem Unfall gewährt: (folgt die Aufzählung der Leistungen)."

Fischer-Sachsen (SD.): Für die landwirthschaftlichen Arbeiter ist für die ersten 13 Wochen nach dem Unfall nicht vorgesehen, da für sie keine obligatorische Krankenversicherung besteht. Sie fallen, wenn sie verunglücken, für die ersten 13 Wochen der öffentlichen Armenpflege anheim. Jeder Arbeiter soll aber einen rechtlichen Anspruch auf Unterstützung bei einem Unfall haben. Dies soll durch unsern Antrag erreicht werden. (Zustimmung bei den Sozialdem.)

Hierauf wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und § 6 unverändert angenommen.

Mit § 6a wird der zurückgestellte Absatz 6 des § 1 und § 6a verbunden.

§ 6a bestimmt, daß bei Berechnung der Rente für Betriebsbeamte und die übrigen in § 1 Abs. 6 bezeichneten Personen der Jahresarbeitsverdienst (das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes) zu Grunde zu legen ist.

Die Sozialdemokraten beantragen die Worte: „für Betriebsbeamte" bis „Personen" zu streichen.

Rösicke (wildlib.) beantragt hinter „Personen" einzufügen: „sowie derjenigen Arbeiter, die hauptsächlich in Nebenbetrieben beschäftigt sind."

§ 6aa lautet: „Bei Berechnung der Rente für Arbeiter, die nicht unter § 6a fallen, gilt als Jahresarbeitsverdienst derjenige Verdienst, den land- oder forstwirthschaftliche Arbeiter am Orte der Beschäftigung durch land- oder forstwirthschaftliche sowie durch anderweite Erwerbsfähigkeit durchschnittlich erzielen."

Molkenbuhr (SD.): Wir wollen den Individuallohn allgemein der Rentenberechnung zu Grunde gelegt wissen. Der Landarbeiter darf nicht als minderwerthiger Arbeiter behandelt werden. Man sagt, die Landarbeiter erhalten zum großen Theil Naturallöhne. Der Geldwerth dieser Naturalien kann doch aber leicht festgestellt werden. Ist der Durchschnittslohn auf 300 Mark festgesetzt, so erhält ein landwirthschaftlicher Arbeiter als Vollrente 200 Mark. Verunglückt bei demselben Unternehmer ein 17jähriger Pferdejunge im Zuckerfabrikbetrieb, der vielleicht 50 Pfg. Tagelohn erhält, so bekommt dieser eine Rente von 270 Mark. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sollten doch nicht auf Kosten der Krüppel der Landwirthschaft Almosen geben. Damit beseitigen Sie nicht die Leutenoth. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In der Abstimmung wird § 6a mit dem Amendement Röesicke angenommen. Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt. § 1, Abs. 6 und 6aa werden unverändert genehmigt, ebenso die folgenden Paragraphen.

§ 9 bestimmt, daß wo nach Herkommen der Lohn der Landarbeiter ganz oder theilweise in Naturalien gewährt wird, auch die Rente solcher Arbeiter bis zu zwei Dritteln in dieser Form gewährt werden kann.

Die Sozialdemokraten beantragen hierzu den Zusatz: „Falls der Bezugsberechtigte dieser Art der Rentengewährung zustimmt."

Außerdem beantragen sie die Streichung der weiteren Absätze dieses Paragraphen, welche dem (dort abgelehnten) sog. Säuferparagraphen des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes entsprechen.

Fischer-Sachsen (SD.): Unser erster Antrag verlangt, daß dem Arbeiter nur mit seiner Zustimmung die Rente in Naturalien gezahlt werden darf. Das ist eigentlich selbstverständlich. Ferner beantragen wir die Streichung des sog. Säuferparagraphen. Dieser Paragraph soll nur aus Wohlwollen für die Arbeiter gestellt sein, er entspricht aber nur demselben Geist, der die Gesindeordnung aufrecht erhält und den Arbeitern das Koalitionsrecht nimmt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Offizierpensionsgesetzen giebt es eine solche Bestimmung nicht und Sie werden doch nicht behaupten, daß es unter den Offizieren keine Trunkenbolde giebt. Ich bitte Sie, diese Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter abzulehnen.

v. Waldow-Reitzenstein (K.): Gerade im Interesse der Arbeiter bin ich für die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen. Ich wäre auch durchaus nicht dagegen, wenn in das Offizierpensionsgesetz ein ähnlicher Paragraph käme.

Stadthagen (SD.): Warum beantragt Herr v. Waldow nicht die Aufnahme einer solchen Bestimmung in das Offizierpensionsgesetz? Er würde dann schon hören, daß die Offiziere diese Zumuthung als die größte Beleidigung für ihren ganzen Stand empfinden würden. — Wer soll denn eigentlich die zuständige Behörde sein, die entscheidet, ob der Mann ein Trunkenbold ist? Wo besteht ein Gesetz, nach dem eine Behörde dazu ermächtigt ist? Ich kenne kein solches Gesetz. — Was ist weiter Trunksucht? Bei Leuten, die Champagner trinken, heißt dasselbe animirte Stimmung, was beim Arbeiter als Trunkenheit gilt. Bei der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches war man nicht im Stande, den Begriff der Trunksucht zu definiren, man wollte es der Rechtswissenschaft überlassen, Sie aber wollen diese Entscheidung in die Hand der unteren Verwaltungsbehörde legen. — Warum haben Sie übrigens nicht auch Opium- und Morphiumsucht in den Paragraphen aufgenommen? Wenn man einmal Gesetze macht, muß man doch ganze Arbeit machen. — Schließlich bestimmen Sie noch, daß Personen, welche wegen Trunksucht entmündigt sind, nicht unter diesen Paragraphen fallen. Damit geben Sie doch zu, daß das Reich für solche Leute schon Fürsorge getroffen hat. — Die Arbeiter empfinden diese Bestimmung jedenfalls nicht als Wohlthat sondern als Beleidigung. (Bravo! b. d. Soz.)

Der erste Antrag der Sozialdemokraten wird angenommen. Der zweite abgelehnt. Die Kommissionsfassung mit dieser Aenderung genehmigt.

Hierauf wird die Fortsetzung der Berathung auf Montag 1 Uhr vertagt.

Schluß 6½ Uhr.

Politische Uebersicht.

Deutsches.

Fleischbeschaugesetz. Wie verlautet, haben nunmehr alle Bundesregierungen, mit alleiniger Ausnahme derjenigen der drei Hansestädte, ihre Zustimmung zu dem bekannten Kompromiß Antrag des Grafen Klinckowström in Sachen des Fleischbeschaugesetzes erklären lassen. Falls sich hierzu auch im Reichstag eine Mehrheit finden sollte, wäre demnach das Zustandekommen des Gesetzes auf dieser Grundlage leider als gesichert zu betrachten.

Wegen der letzten Breslauer Landtagswahl ist bekanntlich vor mehreren Wochen bei sämmtlichen Mitgliedern des ehemaligen sozialdemokratischen Wahlkomitees für die Breslauer Landtagswahl eine Haussuchung veranstaltet worden, um Beweise für ein Vergehen gegen § 109 des Strafgesetzbuches (Kauf resp. Verkauf von Wahlstimmen) zu finden. Nunmehr sind am Donnerstag vier Mitglieder des Wahlkomitees, die Genossen Bruhns, Burgund, Heppner und Tietz als Zeugen vernommen, während das fünfte Mitglied, Genosse Schütz, als Angeschuldigter figurirte. Wie die „Volkswacht" meldet, haben die vier Zeugen von dem ihnen gegebenenfalls zustehenden Recht, ihr Zeugniß zu verweigern, keinen Gebrauch gemacht, sondern alle Fragen des Untersuchungsrichters erschöpfend beantwortet.

wp. **Die verkappte Biersteuer.** Das verderbliche Steuerspiel des Zentrums in der Budgetkommission dauert fort. Der Champagnerzoll zog bereits eine Erhöhung des Bierzolles nach sich. Es handelt sich dabei nicht blos um das bekannte Pilsener Bier, wie behauptet wird. Es geht eine große Menge böhmisches Bier überhaupt nach Sachsen und Thüringen, wo es keineswegs blos von den Wohlhabenden genossen wird. Im Jahre 1897 z. B. war die deutsche Biereinfuhr 70 759 000 Kilogramm im Werthe von 9 Millionen Mark, während die deutsche Bierausfuhr 93 257 000 Kilogramm betrug im Werthe von 19 Millionen Mark. Das eingeführte Bier war also ein bedeutend billigeres, als jenes, welches ausgeführt wurde. Diese Biereinfuhr nahm deshalb auch von Jahr zu Jahr zu. Sie betrug 1889 nur erst 23 891 000 Kilogramm, ungefähr ein Viertel der deutschen Bierausfuhr der Menge nach, und erreichte in unablässigem Steigen 1897 die bereits genannte Quantität. Daß die Herren Bierbrauer diese Konkurrenz gern los werden möchten, ist leicht einzusehen, — um aber im Bierzoll eine Auflage zu entdecken, welche nicht das konsumirende Volk belastet, dazu muß man Zentrums-Parlamentarier sein! Die Tendenz der Erhöhung des Bierzolles ist demnach zweifellos eine Biervertheuerung. Der Bierzoll ist eine verkappte Biersteuer. Diese verkappte Biersteuer ist umso ungerechter, als sie sich nicht gleichmäßig auf das ganze Land vertheilt, sondern einzelne Gegenden belastet, diesmal die Grenzgebiete Böhmens. Und da immer, wenn es sich um Verbrauchssteuern handelt, die Regierungen gleich zu haben sind, so haben denn auch bereits die sächsische und die bayerische Regierung ihre Zustimmung zu dieser verkappten Biersteuer erklärt. So geht denn früher noch, als wir erwartet haben, unsere Voraussagung in Erfüllung: nicht das champagnerkonsumirende Publikum, sondern das biertrinkende Volk wird die Marinevorlage zu bezahlen haben. Und Herr Müller-Fulda hat bei dieser Gelegenheit abermals einen Schwabenstreich begangen: er stimmte gegen den Bierzoll, der von seinen eigenen Freunden votirt wurde. Das hinderte ihn aber nicht, gleich darnach eine Erhöhung des ordentlichen Jahresetats der Marine — nämlich durch Uebernahme der vollen Kosten der Armirung und 6 pCt. der Schiffsbaukosten, statt der verlangten 5 pCt., zu beantragen. Das ist derselbe Streich, wie 1898, als nach dem Antrag desselben Herrn Müller der Flottenbauplan statt auf sieben, auf sechs Jahre vertheilt wurde und die Jahresausgaben in Folge dessen stiegen. Aber je größer die Ausgaben, desto schneller naht der Augenblick, da der nämliche Herr Müller-Fulda die allgemeine und offene Erhöhung der Biersteuer bewilligen wird.

Die Kommission für die Seemannsordnung berieth Freitag den § 35. Nach der Vorlage lautete der erste Absatz: „Auf See geht, wenn nicht ein Anderes vereinbart ist, die Mannschaft des Deckes und Maschinendienstes Wache um Wache!" Auf sozialdemokratische Anregung hin wurde nach längerer Debatte die Zulässigkeit der freien Vereinbarung gestrichen. Dagegen wurde der Absatz 2, wonach die abgelöste Wache in dringenden Fällen zu Schiffsdiensten verwendet werden darf, angenommen. Gestrichen wurde auf einen Antrag der Sozialdemokraten der Absatz 3, der die Schiffsleute verpflichten sollte, während der Feuerwache ihr Zeug und die von ihnen benutzten Räumlichkeiten zu reinigen und in Ordnung zu halten. Ein sozialdemokratischer, von den Antisemiten etwas abgeänderter Antrag: „Auf Dampfschiffen in großer transatlantischer Fahrt wird für die den Dienst auf Deck versehenden Schiffsoffiziere, soweit nicht außerordentliche Umstände eine doppelte Besetzung der Wache nothwendig machen, und das Maschinenpersonal der Dienst in drei Wochen eingetheilt", wurde einstimmig angenommen. Schließlich erhielt noch der Schlußabsatz des § 35 auf Antrag der Sozialdemokraten folgende Fassung: Unter welchen Umständen im Uebrigen eine Mannschaft in mehr als zwei Wochen zu gehen hat, bestimmt der Bundesrath. Ein konservativer Antrag, wonach den Schiffsleuten auf See an Sonn- und Festtagen das Recht zur Theilnahme an gottesdienstlichen Handlungen gesichert wird, fand gegen den Widerspruch der Regierungsvertreter ebenfalls einstimmige Annahme. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Graf Pückler-Kl. Tschirne ist, wie schon gemeldet, vom Kreisausschusse des Kreises Glogau disziplinariter seines Amtes als Amtsvorsteher enthoben worden. Das Berliner Antisemitenblatt veröffentlicht die Rede, die der edle Graf zu seiner Vertheidigung in der Verhandlung vor dem Kreisausschuß gehalten hat; sie ist so erfrischend und erheiternd wie alle Reden dieses unfreiwilligen Humoristen. Er hub also an:

„Zunächst, meine Herren, bemerke ich, daß ich mich in meinem Leben stets so benommen habe, wie es sich ziemt für einen königlich preußischen Amtsvorsteher und für einen preußischen Edelmann, und ich möchte doch Denjenigen sehen, der es wagen sollte, mir irgend eine unehrenhafte Handlung vorzuwerfen; dem Manne würde ich ins Gesicht springen mit der Schärfe meines guten Schwertes und würde ihm beweisen, was es heißt, mich ungerecht zu beleidigen. Heutzutage aber werden verständige Leute vor den Kopf gestoßen. Wenn die Regierung so weiter fortfährt, dann wird allerdings bald der Zusammenbruch erfolgen, die Katastrophe und das Debacle, und dann werden die Herren Minister, die Herren Präsidenten und Oberpräsidenten, die Geheimen Räthe und alle die Herren vom Grünen Tisch, die werden dann zuerst zu Grunde gehen.

Man hat mir vorgeworfen, ich habe durch meine Reiterfeste, die ich mit den Bauern der Umgegend von Zeit zu Zeit veranstalte, die Würde des Amtsvorstehers verletzt. Nun, meine Herren, ich bin allerdings mitunter bei Morgengrauen, wenn die anderen Leute noch in den Federn lagen, mit Trompetengeschmetter durch die Dörfer geritten; .... ich hatte damit einen ernsten sozialen Zweck im Auge, ich wollte die Bauern etwas aufrütteln aus ihrem kolossalen Stumpfsinn und wollte sie durch die Reiterfeste enthusiasmiren und begeistern. Denn nirgends in ganz Schlesien haben wir so verbummelte, so trostlose und so jammervolle politische und soziale Verhältnisse wie hier; warum? weil die Judenbande in der hiesigen Gegend regiert. . . .

Ich bin ferner angeklagt, durch meine antisemitischen Reden die Würde des Amtsvorstehers verletzt zu haben. Ich habe zweimal vor Gericht gestanden, ich bin zweimal angeklagt und zweimal freigesprochen worden. Nehmen Sie sich ein Beispiel meine Herren, an jenen schneidigen Richterkollegien. . . . Aber auch von Ihnen erwarte ich heute, daß Sie sich als rechte Männer, als wahre Christen, als wackere Patrioten zeigen und ein freisprechendes Urtheil fällen werden; denn Sie sind ja Menschen, die menschlich fühlen und ein Gewissen in der Brust haben, daß Ihnen laut und vernehmlich sagen wird, daß diese ganze Anklage haltlos und ungerechtfertigt ist. Sollten Sie jedoch dennoch zu einem verurtheilenden Erkenntniß gelangen, dann werden Sie es an sich selbst erfahren, was es heißt, unschuldige Leute zu verurtheilen."

Trotz dieser „glänzenden" Vertheidigungsrede wurde der Herr Graf seines Amtes entsetzt. Mit dem Versuche, ihn als Märtyrer seiner Ueberzeugung auszuspielen, werden seine antisemitischen Freunde wohl kein Glück haben. Der Mann ist überhaupt nicht irgendwie ernst zu nehmen.

Die Blutsteuer der Völker. Ein eifriger Statistiker hat ausgerechnet, so schreibt man dem „H. F.", daß in sämmtlichen bekannten Kriegen, die auf der Erde gewüthet haben, bis jetzt rund 700 Millionen Menschenleben direkt und 14 Milliarden Leben indirekt verloren gegangen sind, also mehrere Male so viel, als die jetzige Bevölkerung der Erde beträgt. Im Krimkriege starben 401 000 Mann, wovon jedoch nur 30 000 wirklich in der Schlacht fielen; 311 000 starben an Wunden und Krankheiten in der Krim und 60 000 auf dem Heimwege oder in der Heimath. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 kostete in runder Zahl eine Viertel Million Menschen, der Krieg von 1866 ca. 50 000 und der österreich-italienische etwa 70 000. Eine hervorragende Autorität stellt fest, daß seit 1852 fast 3 Millionen Männer dem Kriegsgotte geopfert wurden; abgesehen von Denen, die an Wunden, Krankheiten oder zerstörter Gesundheit nachträglich starben, und

die Kriegskosten belaufen sich in dieser Zeit auf mindestens 60 Milliarden Mark. Es ist zwar eine hohe Ehre, Sieger in einem Feldzuge zu sein, aber diese Auszeichnung kommt recht theuer zu stehen. Wenn Deutschland auch im Jahre 1871 5 Milliarden Mark erhielt, so hat es doch seitdem für sein Heer und für Befestigungen nicht weniger als 16 Milliarden ausgegeben. Frankreich hat im vergangenen Jahrhundert etwa 6 Millionen Menschen auf dem Schlachtfelde verloren. Von den 3157598 Konskribirten Napoleons in der Zeit von 1800 bis zur Schlacht bei Waterloo gingen mehr als 2 Millionen zu Grunde. In der Krim verlor Frankreich 95 000 Mann an Todten, im österreichischen Kriege 18 600 und im deutsch-französischen ca. 130 000 außer 143 000 Verwundeten. England hat seit dem Krimkriege über 2 Milliarden Mark für Kriegskosten verauslagt. Ein militärischer Statistiker hat konstatirt, daß im älteren Kriege durchschnittlich erst auf 85 Kugeln ein Treffer kommt. Während der Belagerung von Plewna verfeuerten 160 000 Russen 10 Millionen Patronen, ihre Gegner, 70 000 Türken, ca. 15 Millionen. Die Russen verloren 40 000 und die Türken 30 000 Mann, wonach Lord Roberts unter Berücksichtigung der Verluste durch Geschützfeuer einen Treffer auf 360 Gewehrkugeln kalkulirt haben soll. Das moderne Schnellfeuer hat dieses Verhältniß noch auffallender umgestaltet. Jedenfalls wiegen der Krieg, die Glorie und selbst die erzielten Erfolge eines Krieges die entsetzlichen Opfer, die er fordert, nicht immer auf und, um mit einem sarkastischen englischen Dichter zu reden, seine unvermeidlichen und bitt rsten Erfolge sind: Steuern, Schulden, Wittwen und Waisen und hölzerne Beine. — Von der allgemeinen Verrohung der Sitten und dem Nothstand aller Kulturaufgaben gar nicht zu reden.

Mit den Leuten von mehr als 3000 Mark Einkommen in Preußen beschäftigt sich die letzte Nummer der im Kgl. Statist. Bureau herausgegebenen „Statist. Corr.": Nach der Statistik des Jahres 1899 stellt sich die Zahl der Zensiten (physischen Personen) mit mehr als 3000 Mk. Einkommen in Preußen auf 390 957, wovon 301 088 in den „Städten", in den Stadtkreisen allein 204 717, also mehr als die Hälfte der Gesammtzahl des Staates, auf dem „platten Lande", wohin auch die Landgemeinden mit städtischem oder industriellem Charakter gerechnet werden, 89 869 veranlagt sind. Diese Zensiten nebst ihren unselbstständigen Angehörigen umfassen 40,1 v. H., in den Städten allein 7,01 und auf dem Lande 1,81 v. H. der Bevölkerung. Besonders günstig erscheint dieses Ergebniß wohl keineswegs. Die Haushaltungen mit mehr als 3000 Mk. Einkommen begreifen danach einen im Verhältnisse zur Gesammtheit nur geringen Bruchtheil des Volkes, obgleich sie bei der städtischen wie bei der ländlichen Bevölkerung nicht nur die wohlhabenden Klassen, sondern auch einen großen Theil der Schicht einschließen, die man als „besseren Mittelstand" zu bezeichnen pflegt. Immerhin ist eine gewisse Aufwärtsbewegung seit der Einführung des neuen Gesetzes unverkennbar.

Es betrug die Zahl der Zensiten mit mehr als 3000 Mark:

	1892	1893	1896	1899
überhaupt . . .	**316 889**	319 317	331 091	**390 957**
in Hunderttheilen der Bevölkerung . .	1,06	1,06	1,06	1,10
in den Städten allein .	237 756	239 977	251 958	301 088
in Hunderttheilen der Bevölkerung . .	2,01	2,01	1,98	2,16
in den Stadtkreisen . .	154 221	155 694	165 464	204 717
in Hunderttheilen der Bevölkerung . .	2,59	2,58	2,50	2,65
auf dem platten Lande	79 133	79 340	79 133	89 869
in Hunderttheilen der Bevölkerung . .	0,44	0,44	0,43	0,47

Nach den Gesammtziffern ist namentlich seit 1896 eine erhebliche Vermehrung der „wohlständigeren" (ein schönes neues Wort!) Zensiten eingetreten. Auch auf dem Lande zeigt sie sich, und zwar nicht bloß in den Verhältnißzahlen, sondern auch in den absoluten, obgleich seit 1895 mehrere große Landgemeinden nebst ihren Zensiten in die Gruppe der Städte übergeführt worden sind. Was die einzelnen Landestheile betrifft, so zeigt der Stadtkreis Berlin trotz seiner steigenden Bevölkerung bis zum Jahre 1896 einschließlich eine Abnahme der absoluten Ziffer „wohlständigerer" Zensiten und auch seitdem nur eine mäßige Zunahme. Der Abzug solcher Zensiten in die Vororte ist also offenbar von nicht unerheblicher Bedeutung für die soziale Zusammensetzung der Berliner Bevölkerung selbst. Im übrigen hat gegen 1892 in den „städtischen" Bezirken auch die Zahl der „wohlständigeren" Zensiten überall zugenommen. Auf dem Lande waren noch im Jahre 1895 in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig Holstein und Hessen-Nassau die Ziffern geringer gewesen als im Jahre 1892; Ostpreußen und Hessen-Nassau haben sich im nächsten Jahre, Westpreußen, Posen und Schlesien im Jahre 1898, Schleswig-Holstein erst im Jahre 1899 über den Anfangsstand erhoben, während Pommern und Sachsen noch jetzt niedrigere Ziffern aufweisen als im Jahre 1892.

Um übrigens nicht zu ungünstige Auffassungen von dem Gesammtergebnisse zu gewinnen, muß man sich, wie die amtliche Korrespondenz bemerkt, gegenwärtig halten, daß auch von den Zensiten mit nicht über 3000 Mark Einkommen noch viele thatsächlich den wohlhabenden Klassen zuzurechnen sind, z. B. Söhne reicher Eltern, die zunächst nur dasjenige, oft noch geringe Einkommen versteuern, welches ihnen aus einer Stellung im Staatsdienst u. dgl. zufließt. — Was will es aber im Ganzen bedeuten, wenn in einem Staate mit ca. 32 Millionen Einwohnern noch nicht 400000 mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark zu rechnen haben! Kann man da überhaupt noch von einem wirklichen Wohlstande reden? Aber trotz alledem: der Fiskus hat „heidenmäßig viel Geld", und die Steuern sind drückend.

Herr von Buchka scheint bedenklich zu wackeln. Man sucht bereits nach einem Nachfolger für ihn. Nach dem „B. T." hat man dem Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Wigand, den Posten als Kolonialdirektor angeboten. Wigand hat jedoch dankend abgelehnt.

Kleine politische Nachrichten. Die neuen Steuern und Zollerhöhungen in den Gesetzentwürfen, welche gegenwärtig die Budgetkommission beschäftigen, werden, worauf besonders aufmerksam zu machen ist, unmittelbar nach Publikation der Gesetze in Kraft treten. Nur für den Lotteriestempel ist ein besonderer Termin (1. Juli) vorgesehen. — Zum Kandidaten für die Reichstagsersatzwahl im Kreise Einbeck-Northeim haben die Bündler den freikonservativen Landtagsabgeordneten Hofbesitzer Lüders in Aussicht genommen. — Ein schwerer Unfall hat sich bei Thorn auf dem Artillerieschießplatze ereignet. Als Artilleristen der Arbeitskolonne mit dem Sortiren gesammelter Sprengstücke beschäftigt waren, explodirte plötzlich ein noch nicht zur Entladung gekommenes Sprengstück. Fünf Mann wurden verletzt, davon zwei schwer, die in's Lazareth aufgenommen werden mußten. — Die bayerische Kammer der Reichsräthe genehmigte Sonnabend einstimmig die von der Kammer der Abgeordneten bereits bewilligte Forderung von 6 Millionen Mark für Beschaffung von Wohnungen für Angestellte der Staatseisenbahnen. — In Deutsch-Südwestafrika steht die erste Hinrichtung in Swakopmund bevor. Am 19. März wurde der zur Bande des Bergdamara-Kapitäns Blauberg gehörende Bergdamara Kaussib, der beschuldigt war, 9 Morde und 6 Viehdiebstähle ausgeführt zu haben und 4 Morde und 2 Diebstähle selbst zugab, zum Tode verurtheilt. — In dem Prozeß gegen 42 zur verbotenen Sekte der Skopzy gehörende Landleute des Petersburger Kreises wurde Freitag drs Urtheil gesprochen. Acht Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen unter strenger polizeilicher Aufsicht zu lebenslänglicher Ansiedelung in Ostsibirien verurtheilt. — Die Londoner „Exchange Company" erfährt, man habe über Fez die Nachricht erhalten, daß die Franzosen auf den Fluß Guir zu vorrücken. Es verlaute authentisch, daß, sobald der Sultan von Marocco genaue Einzelheiten über das Vorrücken der Franzosen in der Oase Tuat erhalten haben werde, er dann die Thatsachen den europäischen Mächten vorlegen werde, da diese in der Angelegenheit ein Schiedsgericht bilden. — Die Liverpooler Handelskammer erhielt von der Handelskammer in Cape Coast Castle (Westafrika) folgendes Telegramm: „Ersuchen Sie den Kolonialsekretär um Schutz der Küste. Die Lage ist kritisch" — Nach einer Meldung des Bureau Reuter aus Accra scheint der Aufstand der Aschantis seit längerer Zeit vorbereitet gewesen zu sein. Man glaubt zu wissen, daß sie Repetirgewehre und Schnellfeuerkanonen haben. Pulver ist in beträchtlichen Mengen in das Land gebracht worden, noch ehe die Regierung der Kolonie eine Proklamation dagegen erließ. Schlimm ist, daß die Regenzeit jetzt beginnt. Es können deshalb weiße Truppen unmöglich vor dem Oktober dort operiren. — Aus St. Louis (Missouri) meldet Wolffs Bureau: Nach dem hier schon seit einigen Tagen ein Arbeiterausstand ausgebrochen war, kam es Freitag an verschiedenen Stellen zu Ruhestörungen. Die berittene Polizei schlug mit Säbeln auf die Ausständigen ein und feuerte auf die Menge. Die Ausständigen erwiderten das Feuer und verletzten einige Schutzleute; sie mißhandelten auch angeblich einige der Arbeiterunion nicht angehörende Arbeiter. — Die Thatsache, daß den Russen kürzlich ihr Versuch, den Hafen Masampo in Korea zu erwerben, mißlungen ist, hat sie nicht gehindert, ihre Geschäfte weiter zu betreiben, und sie scheinen jetzt Erfolg gehabt zu haben. Eine über Yokohama aus Korea eingetroffene Meldung berichtet von einem ausgedehnten russischen Landkaufe. Es soll sich um Land bei Port Tschinnan an der Westküste von Korea handeln.

Italien.

Eine Bestie im Priesterrock. Vom Schwurgericht zu Viterbo wurde der Priester Don Gratiliano Pezi von Bassano zu 22 Jahren drei Monaten Zuchthaus verurtheilt, weil er durch Meineid und Anstiftung zum Meineid im Jahre 1894 drei Unschuldige auf je zehn Jahre ins Zuchthaus gebracht hat. Die eine der unschuldig Angeklagten verfiel in Wahnsinn und wurde vom Schlag gerührt, eine Zeugin, die wegen angeblichen Meineids zu sechs Jahren Zuchthaus verurtheilt worden war, starb während der Strafverbüßung mit Hinterlassung dreier Waisen. Existirte im italienischen Strafgesetz das Todesurtheil, so wäre es wahrscheinlich an den Opfern des meineidigen Priesters vollstreckt worden, und die Bestie im Priestergewand würde fraglos das Todesurtheil kalten Bluts haben vollziehen lassen. Der Prozeß erhält dadurch ein Relief, daß Don Gratiliano das Haupt der klerikalen Partei in Bassano war, eine parteipolitische Größe, ein gefürchteter Gegner der Liberalen, ein Almosenspender großen Stils, ein fruchtbarer klerikaler Schriftsteller, kurz ein Mann, dem eine glänzende Karriere bevorstand. So sah der gefürchtete und gefeierte Priester im öffentlichen Leben aus; sein Privatleben zeigt ihn als Generalschurken und Wüstling. Fünf Kinder wurden ihm allein nachgewiesen! Bei der Haussuchung fand man meterhohe Stöße obscöner Bilder selbstgefertigter Zeichnungen, Schandgedichte, schamlose Illustrationen zu den trockenen Texten des Breviers und der Liturgie, alles so toll, daß davor — nach dem drastischen Ausspruch des Staatsanwalts — „selbst eine Kasernenlatrine erröthen würde". In Deutschland würde Don Gratiliano also der aufdringlichste Schreier für die lex Heinze gewesen sein! Ueber den Schauplatz der Schurkereien dieses Priesters macht die „Volks-Zeitung", der wir dies italienische Sittenbild entnehmen, folgende interessante Mittheilungen:

„Viterbo war die Hauptstadt des nördlichen „Kirchenstaates". Die Stadt der schönen Brunnen und Mädchen liegt in einem Lande, wo seit Alters her die Banditen in den etruskischen Grabkammern und in den fieberreichen Sümpfen der Maremmen ihre Schlupfwinkel fanden. Das Landvolk ist dort von ganz unglaublicher Stupidität und Bigotterie. Bis zur Aufhebung des Kirchenstaats betrug dort die Anzahl der Morde 481, die des Raubes 76 (je auf 10 000 Seelen), in Piemont 141 und 1,5. In Rom überstieg die Zahl der unehelichen Kinder die der legitimen; jeder fünfte Erwachsene war ein Priester oder Ordensmann."

Was sagen unsre schwarzen Heinzegardisten zu diesem priesterlichen Scheusal? Ist er auch dem Sumpfboden der modernen Kultur entsprossen, oder nicht vielmehr der geweihten Erde des kuttengesegneten Mutterlandes der alleinseligmachenden Kirche?

Spanien.

Die Lage ist noch immer sehr kritisch. Die Regierung beschloß daher strenge Maßnahmen zur Wiederherstellung der „Ordnung". Der Kriegszustand ist verhängt nicht allein über Valencia und Barcelona, sondern auch über die vier katalonischen Provinzen; beim geringsten Anlaß soll er über ganz Spanien ausgedehnt werden. Ein Theil der Kriegsflotte ist nach Barcelona beordert. Die Botschafter von Rußland und Italien wurden aus Versehen in Madrid ausgepfiffen; sie sind deshalb bei der Regierung vorstellig geworden. Den Industriellen, die keine Steuern zahlen, soll die Ausübung ihres Berufs verboten werden. Den Bischöfen wurde verboten, die nationale Propaganda von den Kanzeln zu betreiben.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. Auf seinem Vormarsche ist **Lord Roberts jetzt in Kroonstad angekommen.** Er meldet dem Kriegsamte von Sonnabend Nachmittag 2 Uhr:

Ohne Widerstand zog ich um 11½ Uhr in Kroonstad ein. Der Union Jack wurde unter den Hochrufen der wenigen britischen Einwohner gehißt. Präsident Steijn flüchtete gestern Abend, nachdem er vergebens versucht hatte, die Burghers zu überreden, den Widerstand fortzusetzen. Die Buren Transvaals erklärten, sie wollten nicht länger im Freistaat kämpfen, und zogen nach dem Vaalfluß ab. Die Freistaatler beschuldigten die Transvaaler, sie erst benutzt zu haben und jetzt im Stiche zu lassen. Viele Freistaatler begaben sich nach ihren Wohnungen zurück. Bevor Steijn Kroonstad verließ, proklamirte er nunmehr Lindley zum Sitz der Regierung des Oranjefreistaates. Die (Buren)-Generale Botha und Dewet begleiteten die Transvaaler.

Immer näher rückt das englische Heer der Transvaalgrenze und noch immer haben sich die Buren nicht gestellt. Sollte thatsächlich unter ihnen Uneinigkeit herrschen, sollte wirklich ihre Widerstandskraft gebrochen sein? Wir vermögen es noch immer nicht recht zu glauben. — Aus anderen Telegrammen, die Roberts noch gesandt hat, geht hervor, daß er in den letzten beiden Tagen etwa 100 Gefangene gemacht hat, und daß man bei Potgieters Lager einen kleinen Burentrain genommen hat.

Ein Telegramm aus Geneva, 20 Klm. südlich von Kronstad im Oranjestaat, an der Eisenbahn nach Brandfort gelegen, meldet von Freitag, daß eine Anzahl Buren, in einem Farmhause versteckt, auf ein Detachement Dragoner feuerte, von denen mehrere getödtet, 16 gefangen wurden.

Bei Tabanchu sind 7000 Buren scharf nach Süden abgebogen, und zwar anschließend, um die Verbindungen Roberts im Rücken zu bedrohen. Sie dürften aber auf 20 000 Engländer stoßen. Buller soll auf die Biggarsberge östlich zugehen.

Laffan's Bureau meldet aus Pretoria: Die britische Entsatzkolonne von Mafeking, bestehend aus 3000 Mann Kavallerie und Infanterie mit 6 Geschützen, marschirt Tag und Nacht an der Betschuanabahn entlang. Ueber Kämpfe liegen keine Details vor, außer daß die Engländer von Burenkommandos belästigt werden. Man nimmt an, daß die Entsatzkolonne bereits bis auf zwei Tagemärsche von Mafeking gekommen ist.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Das Blatt „Südafrika-Revue" fordert die Verhaftung eines Abgeordneten der Kapkolonie, welcher angeblich einer Person Geld angeboten haben soll, um Sir Alfred Milner zu tödten. (?) — Die englische Regierung sandte eine bedeutende Geldsumme nach Pretoria, damit dieselbe an die englischen Gefangenen vertheilt würde. Dies wird von dem amerikanischen Consul geschehen. Jeder englische Gefangene soll 125 Franks erhalten.

Präsident Krüger erklärte beim Schluß der Tagung des Volksraads, er besitze schriftliche Beweise für das Vorhandensein eines teuflischen Complotts gegen die Republik.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 14. Mai.

Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen, Formern, Stemmern, Nietern, Bohrern, Gewindeschneidern und deren Hülfsarbeitern, Fabrikarbeitern, Fabriktischlern, Schiffsmalern, Schiffszimmerern, Schmieden, Kesselschmieden und deren Hülfsarbeitern und sonstigen auf Maschinenbauanstalten und Schiffswerften thätigen Arbeitern ist von der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und der Schiffswerft von Henry Koch streng fernzuhalten. Lübeck ist thunlichst ganz zu meiden.

Die Bureaux der Ausgesperrten befinden sich: Former, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter bei Leeke, Schiffszimmerer, Hafenarbeiter, Metallarbeiter im Vereinshause, Schmiede, Werftarbeiter sowie alle nicht benannten kleineren Verbände bei Spahrmann.

Das Gewerkschafts-Kartell hat über alle am Orte befindlichen Braunbierbrauereien den Boycott verhängt.

Achtung, Braunbierbrauer, Kutscher! Zuzug nach Lübeck ist fernzuhalten! Das Bureau befindet sich: Böttcherstraße 18, bei Boysen.

Arbeiter! Haltet den Zuzug Arbeitswilliger fern!

Die Nationalsozialen sind rührend bescheidene Leute. Obwohl der Erobe.ungszug, den Herr Kuhlmann nach Lübeck und Umgegend veranstaltete, eine Reihe gründlicher Niederlagen bildete, jubelt die „Hilfe", als

hätte die „neue Partei" eine ganze Wagenladung Lorbeeren erstritten.

Schmiedestreik und Aussperrung. Am Sonnabend Nachmittag fanden Verhandlungen zwischen den ausständigen Schmieden und den Fabrikdirektionen statt, die jedoch nicht zum Abschluß gelangten, sondern auf heute Vormittag 11 Uhr vertagt werden mußten. Ueber das Ergebniß ist uns bis zum Schlusse der Redaktion noch nichts bekannt geworden. — Soeben erfahren wir noch, daß erst morgen Nachmittag um 2 Uhr weiterverhandelt werden soll.

Beim Hamburger Grobbäckerstreik wurden auch an die nach Hamburg verschickenden Lübecker Brodfabriken Forderungen gestellt. Soweit wir aus dem „Hbg. Echo" ersehen, haben die Arbeitgeber mit Ausnahme von Petersen, Lindenstraße, sich mit den Arbeitnehmern verständigt.

Rohheit. Die Frau eines Malers wurde am Sonnabend Abend in der Roeckstraße in höchst ungehöriger Weise von Soldaten belästigt. Als sie den Leuten zu entgehen suchte, erhielt sie von einem derselben einen heftigen Stoß, der hoffentlich für sie, die in gesegnetem Zustande sich befindet, keine ernsten Folgen haben wird. Auch wurde sie mit rohen Worten beschimpft.

Ist Streikpostenstehen grober Unfug? Das Schöffengericht zu Wilster verneinte diese Frage, indem es vier Gerber, welche Strafverfügungen von je 15 Mk. erhalten hatten, kostenlos freisprach.

Die Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals findet, wie nunmehr hochoffiziös mitgetheilt wird, doch am 16. Juni statt. Das Amtsblatt hat mit seinen Dementirungen einmal wieder Schweineglück gehabt.

Die Steuerbehörde ist in einem Prozesse gegen den Zimmermeister Schwartzkopf vor der hiesigen Strafkammer unterlegen. Sie hatte von dem Angeklagten verlangt, er solle das Einkommen der von ihm im Jahre 1899 dauernd beschäftigten Leute angeben. Als er sich weigerte, folgte Strafbefehl und Bestätigung desselben durch das Schöffengericht. Die Strafkammer kam jedoch zu einer Freisprechung, da der Angeklagte nur verpflichtet sei, das Einkommen der augenblicklich von ihm beschäftigten Leute anzugeben, wenn sie dauernd bei ihm in Arbeit ständen. Letzteres sei ihm nicht nachgewiesen.

In das Handelsregister ist am 11. Mai 1900 eingetragen: Die Firma: „Hanseatische chemisch-technische Werke Ferdinand Kayser" in Lübeck, als Inhaber: Ferdinand Christian Eduard Kayser, Kaufmann in Lübeck, Prokurist Richard Franz Conradi; bei der Firma: „Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft". Durch Beschluß der Generalversammlung der Aktionäre vom 26. April 1900 sind die §§ 5, 6, 28, 35, 36 des Gesellschaftsvertrages abgeändert. Dadurch ist u. A. bestimmt: Das Aktienkapital beträgt 1 100 000 Mark und ist eingetheilt in 1110 Aktien Lit. A. von je 1000 Mk.; bei der Firma: „August Maret". Eduard Moritz Alphons Steiner ist gestorben. Jetzige Inhaberin: Christiane Charlotte Jenny geb. Bredendick, des Conditors Eduard Moritz Alphons Steiner Wittwe; am 12. Mai 1900 ist eingetragen: bei der Firma: „Riga-Lübecker Dampfschifffahrts-Gesellschaft". Die Generalversammlung der Aktionäre hat am 26. April 1900 neue Statuten beschlossen, welche an die Stelle der bisherigen treten. Durch dieselben ist u. A. bestimmt: Die Einladungen zu den Generalversammlungen und alle sonstigen von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen durch einmalige Bekanntmachung im „Reichsanzeiger" und im Lübeckischen Amtsblatt. Zur Gültigkeit genügt die Bekanntmachung im „Reichsanzeiger".

Uebersicht der Geborenen und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat April 1900. Geboren sind 194 Kinder, davon 105 männlichen, 89 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 6 Knaben, 3 Mädchen. Gestorben sind 47 Personen männlichen, 56 weiblichen Geschlechts, in Summe 103. Demnach Ueberschuß an Geburten 58 resp. 33, insgesammt 91. Auf 1000 Einwohner waren 31,00 Geburten, 16,46 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 23, von 1—5 Jahren 8, bis zu 10 Jahren: 4, bis zu 15: 4, bis zu 20: 2, bis zu 30: 4, bis zu 40: 3, bis zu 50: 5, bis zu 60: 8, bis zu 70: 13, bis zu 80: 17, bis zu 90: 12, über 90 Jahre: 0. Die Todesursache war Diphterie in 2, Keuchhusten in 1, Tuberkulose in 8, Lungenentzündung in 2, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 6, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 7, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in 5, angeborene Lebensschwäche in 6, Altersschwäche in 12, Unglücksfall in 3, Selbstmord in 2, Gelenkrheumatismus in 0, Herzleiden in 5, Krämpfe in 7, Nierenleiden in 4, Wassersucht in 0, Schlagfluß in 5, Typhus in 0, Masern in 0, Scharlach in 0, sonstige Krankheiten in 24, unbekannt in 4 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 44, Vorstadt St. Jürgen 14, St. Lorenz 19, St. Gertrud 5, die Krankenanstalten 21.

-i- **Die Feuerwehr** wurde gestern Nachmittag 5½ Uhr vor das Burgthor gerufen, wo in der Nähe von Wilhelmshof im Gehölz ein kleines Feuer, anscheinend durch Fortwerfen eines brennenden Zündholzes, entstanden war; es wurden zwei Quadratmeter Tannen vernichtet. Von Spaziergängern ward das Feuer erstickt, so daß die Wehr nicht in Thätigkeit zu treten brauchte. — Ein der dahinjagenden Feuerwehr nachschauender, in der Kl. Gröpelgrube wohnender Knabe, wurde von einem Radfahrer so scharf angefahren, daß er besinnungslos liegen blieb. Von Passanten wurde derselbe, welcher schnell wieder zum Bewußtsein kam, und außer einer Kopfwunde anscheinend keine Verletzung davongetragen hatte, seinen Eltern zugeführt.

Hamburg. Der Slomandampfer „Livorno" ist mit 31 Mann Besatzung auf der Reise von New-York nach Parnambuco verschollen.

Hamburg. Parteipresse. Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der drei sozialdemokratischen Vereine faßte nach längerer Diskussion folgenden Beschluß: „Zur Kontrolle der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt von Auer u. Co., sowie der principiellen und taktischen Haltung des „Hamburger Echo" wird eine Preßkommission gewählt, der aus jedem Hamburger Wahlkreise, sowie aus Altona, Ottensen und Wandsbek je zwei Genossen angehören. Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit den Firmenträgern über alle Angelegenheiten des Partei-Organs, insbesondere über Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition. Ueber etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Firmenträgern und der Preßkommission entscheiden nach Anhörung der betheiligten Faktoren die Kontrolleure der Gesammtpartei."

Rostock. In die Freiheit zurückgekehrt ist nach Verbüßung einer vielmonatlichen wegen Preßvergehen über ihn verhängten Strafe der Redakteur der „M. V.-Z.", Genosse Starossom.

Bremen. Der Kistenmacherstreik ist beendet. Der Erfolg ist ein geringer. Erreicht wurde eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 12. Mai

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 980 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 44—45 Mk., leichte 45—46 Mk., Sauen 35—40 Mk. und Ferkel 43—45 Mk. pr. 100 Pfd.

Man spart viel Geld! In der Pariser Besohlanstalt, Fünfhausen 28. Sohlen für Herren 1,50, für Damen 1,10 Mk. Nur Kernleder. Nur Handarbeit.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen

Zu vermiethen zum 1. Juli eine 2. Etage von 2 Zimmern nebst Zubeh. i. d. Moisl. Allee. All. Näh. a. d. Exp. u. **A 24.**

Zu vermiethen ein Logis für 1 oder 2 junge Leute. Aegidienstraße 71 part., links.

Zu vermiethen ein Logis. St. Annenstr. 8, 1. Etg.

Zu verkaufen eine Gartenbank. Hüxstraße 76.

Zu kaufen gesucht eine Reisetasche für einen Gesellen. Angebote unter **G W 5** an die Expedition dieses Blattes.

Gesucht ein Laufmädchen. Paulstraße 6, Burgthor.

Gesucht ein
Laufjunge.
H. Lüth, Zauberflöte.

Gesucht 7—8000 Mk. erstes Geld, Brandkassenwerth 16000 Mk. Angebote unter **G B 56** an die Expedition dieses Blattes.

Feine Wäsche, Blousen und Gardinen w. gut und billig gewaschen und geplättet. **Marlistraße 23.**

Tilsiter Fett-Käse alt und schnittig, Pfd. 35, 40, 45 u. 60 Pfg.
Holsteiner Käse alt und pikant, Pfd. 20 u. 25 Pfg., empfiehlt
Koop, Glockengießerstraße 31.

Großartig schön und ausgiebig ist mein **Reis zu 15 u. 20 Pfg.**
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Tüchtiger Mechaniker oder **Schlosser für Reducir-Ventile,** durchaus selbstständiger Arbeiter, wird für dauernde Stellung **gesucht.** Off. sub **U. w. 3832** an **Rudolf Mosse, Halle a. S.**

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Wir empfehlen jedem Parteigenossen die Broschüren:
Entwickelung des Socialismus.
Von **Friedrich Engels.** Preis 30 Pfg.
Zur Arbeiterfrage.
Von **Ferd. Lassalle.** Preis 10 Pfg.
empf. die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Anonyme Anzeigen,
also solche Inserate, deren Aufgeber ungenannt bleiben wollen, wie dies bei
Gesuchen und Angeboten von Stellen, Theilhabern, Pächtern, Agenten u. s. w., sowie bei An- und Verkäufen.
üblich ist, werden streng discret zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag durch die älteste Annoncen-Expedition
Haasenstein & Vogler A.G.,
Fernsprecher 319. **LÜBECK** Markt 16.
an alle Zeitungen und Zeitschriften befördert.
Auf Wunsch Voranberechnungen und Zeitungskataloge kostenlos zu Diensten. — Gebühren für Annahme und Abholen der Offertenbriefe werden nicht erhoben.
Gegründet 1855.

H. Prüssmann & Sohn
Inh.: **Martin Prüssmann**
23 Marlesgrube **23**
empfehlen ihr großes Lager von den einfachsten bis zu den elegantesten gut gearbeiteter
Mobilien und Polsterwaaren.
Auf Wunsch auch auf Abzahlung.

Flohm-Heringe, Anchovis billig und gut.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Frau Frieda Küsmert, Fischergr. 84.
Guter kräftiger Mittagstisch v. 11—2 Uhr. Abonnementskarte 3 Mk.
Essen von 30 bis 50 Pfg. à Portion.
Abendbrod von 6—8 Uhr, à Portion **30 Pf.**

Schuhmacher-Central-Kranken- u. Sterbekasse.
Dienstag den 15. Mai, Abends 9 Uhr:
Ausserordentliche Versammlung im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
T.-O.: Statutenberathung und Delegirtenwahl.
Um recht zahlreich Erschein. ers. **Der Vorstand.**

Achtung! Flußschiffer und Kohlenarbeiter!

Combinirte Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 16. Mai
Anfang 8½ Uhr.
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur diesjährigen Generalversammlung.
2. Wahl eines Delegirten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Generalbevollmächtigte.

Holzarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 15. Mai
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation Ref.: Genosse **Friedrich.**
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.

NB. Die noch nicht zurückgegebenen Stimmzettel betr. Urabstimmung über Beitragserhöhung sind in dieser Versammlung abzuliefern.

Nur noch kurze Zeit!
Achtung! Kleine Preise!
Circus Jansly
Heute Dienstag, Abends 8 Uhr:
Grosse Vorstellung
und Aufführung der allabendlich epochemachenden neuen
Wasserpantomime:
Das Fest der Czykos.
Mittwoch, Nachmittags 4 Uhr:
Schüler-, Kinder- und Familien-Vorstellung
und Aufführung der
Neuen Wasserpantomime
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Näheres durch Tageszettel.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. —; Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 111. Dienstag, den 15. Mai 1900. 7. Jahrgang.

„Die Armee der Demokratie."

mp. Unter diesem Titel ist ein umfangreiches Buch erschienen, das die regste Aufmerksamkeit verdient.*) Der Verfasser, ein in Frankreich wohl bekannter Militärschriftsteller, behandelt hierin die Umwandlung der stehenden Heere in Milizen. Er richtet zwar sein Hauptaugenmerk auf die französische Armee, aber ebenso ist das Werk auch auf die deutsche Armee anwendbar.

Im ersten Theil, der die Verkürzung der Dienstzeit behandelt, wendet Moch sich zunächst gegen die — sagen wir — moralischen Gründe, welche für die lange Präsenzzeit angegeben werden und deren erster darin besteht, daß die Armee die Erzieherin der Nation sein soll.

Hierauf erwidert Moch, daß die Leute vor ihrem Eintritt in die Kaserne erzogen gehören, daß das Hinausschieben der geistigen und körperlichen Erziehung bis zur nahezu vollendeten Volljährigkeit ein Unsinn und auch vom militärischen Standpunkt aus direkt schädlich ist. „Denn es ist doch eine andere Sache, beschränkten Tölpeln mit skrophulösen Gliedern und verkümmerten Gehirnen Unterricht zu ertheilen, und eine andere Sache, kräftig gestalteten jungen Leuten, die an Strapazen gewöhnt, gute Schützen und erfüllt von Pflichtgefühl und Disziplin sind, diese Erweisungen zu Theil werden zu lassen."

Das zweite moralische Argument für die lange Präsenzzeit bildet bekanntlich die angeblich so schwer anzugewöhnende militärische Disziplin. Nachdem Moch die Disziplin der stehenden Heere scharf geißelt und sie treffend „eine Schule der Heuchelei" genannt hat, fordert er den freiwilligen Gehorsam, die freiwillige Unterordnung, wie sie im demokratisch-bürgerlichen Leben üblich ist. Dem Vaterlande gegenüber soll es keine zweierlei Pflichten, eine bürgerliche und militärische, sondern nur eine Staatsbürgerpflicht geben.

Eine dritte Tugend, die nur durch längeren Aufenthalt bei der Fahne erzeugt werden soll, ist der „militärische Geist". Diesen „Geist" charakterisirt der Verfasser ausgezeichnet damit, daß er die einschlägigen praktischen Meinungen hoher französischer Offiziere wiedergiebt. So schreibt Oberst Patry: „In Friedenszeiten bedeutet er die Genugthuung sich allen Menschen überlegen zu halten, und den Stolz, sich von ihnen durch die Uniform zu unterscheiden." General Thoumas sagte: „Wir fürchten stark, daß man unter dem militärischen Geist der Nation nichts anderes versteht, als die Unterwerfung des Volkes unter einzelne Militärs."

Nachdem Moch im 1. Kapitel die moralischen Gründe für eine lange Präsenzzeit erbärmlich zerzaust und im 2. Kapitel das französische Militärgesetz von 1889 kritisirt hat, bekämpft er im 3. und 4. sowohl die dreijährige als die zweijährige Dienstzeit als viel zu lange. Nun wird die Sache auch für Deutschland hochinteressant, denn was der Verfasser jetzt vorbringt, paßt fast Wort für Wort auch auf die deutsche Armee.

Zunächst wendet sich Moch gegen die überflüssigen körperlichen Dienstzweige, namentlich Turnen, Fechten und Boxen. (Letzteres ist in deutschen Kasernen bekanntlich nicht eingeführt.) Hier meint der Verfasser: Das Turnen sollen die Leute vor ihrer Einreihung kennen lernen. Was das Fechten und Boxen anbelangt, haben sie damit gar nichts zu thun. Es ist wahrhaftig zu viel verlangt, als daß wir mit unseren gegenwärtigen Lasten noch das Vergnügen bezahlen sollen, diese Künste bei unseren Regimentern gepflegt zu sehen, in einer übrigens ziemlich mittelmäßigen Weise."

Ferner weist der Autor auf das Urtheil mehrerer französischer Offiziere hin, die glauben, daß die rein militärische Ausbildung sehr wohl in zwei Monaten zu erreichen sei. Sogar ein leibhaftiger General ließ als Oberst die Rekruten in 8 Wochen ausbilden.

Würde also die Jugend einen richtigen Turnunterricht erhalten, was ja auch die Erlernung des Exerzirens, Plänkelns und Schießens bedeutend erleichtern müßte, kämen weiter überflüssige Dienstzweige wie Fechten und ähnlicher Schnickschnak in Fortfall, so könnten die Mannschaften in einigen Wochen fertige Soldaten sein.

Besonders nimmt Moch auch die beim Exerziren und im Unterricht beliebten Künstleleien sowie die Gamaschenknöpferei auf das Korn, so daß Jeder, der diese Annehmlichkeiten in Deutschland kosten mußte, seine helle Freude haben kann. Der Verfasser klagt z. B. über den Eifer, „jede Bewegung, jede Miene, die der Mann bei irgend einer Handlung zu machen hat, zu reglementiren, und bis ins kleinste Detail zu beschreiben, wodurch besonders alle diese Uebungen durch zwecklose Vorschriften unendlich komplizirt werden." Hier erlaube man uns eine kleine Episode, welche die deutsche Gamaschenknöpferei sehr trefflich illustrirt, aus unserer eigenen Erfahrung einzuflechten. Bei „Gewehr ab" soll in der deutschen Armee der Kolben des Gewehres mit der Spitze des rechten Fußes abschneiden. Nun hat aber der reichspreußische Kommißstiefel die graziöse Form einer Zigarrenkiste und somit zwei vordere Ecken, die sich am Pedal in zwei „Spitzen" verwandeln. In Folge dessen erschien einmal ein eifriger Major höchst aufgeregt in der Kaserne, versammelte seine Offiziere um sich und warf die hochwichtige Frage auf, ob der Gewehrkolben eigentlich mit der äußeren oder inneren „Spitze" des rechten Fußes abschneiden soll. Und über diese Nichtigkeit wurde eine halbe Stunde hitzig debattirt! Die Ursache dieser Gamaschenknöpfereien und Kunststücke diesseits und jenseits der Vogesen dürfte wohl in der Natur der stehenden Heere überhaupt zu suchen sein. Einerseits steht hinter den Offizieren immer das Pensionsgespenst und andererseits sind die Offiziere vom Major aufwärts nicht genügend beschäftigt, sie haben Monate hindurch fast nichts zu thun und darum verfallen sie auf allerlei Grübeleien über die Vorschriften, deren Resultat dann die Erfindung von allerlei Finessen ist.

Auch Mochs Angriffe auf die inspizirenden Generäle, welche die Soldaten mit den kompliziertesten Fragen quälen, sind für Deutschland geltend. Ebenso seine Auslassungen über den Putzteufel, der unnütz Stunden raubt. Den deutschen Gamaschenknöpfen möchten wir übrigens nicht vorenthalten, daß nach Moch in Frankreich sogar die Stiefelsohlen zu wichsen sind. Das muß doch den Neid deutscher Zöpfe erwecken.

Das fünfte Kapitel ist mehr ein kriegsgeschichtliches und bringt historische Beweise dafür, daß auch improvisirte Armeen und Milizen Bedeutendes leisten und gar mancher Zunftgeneral von einem militärischen Laien verklopft wurde. Der Verfasser bietet hier zu Gunsten der Milizen ein ganzes Arsenal, das wir noch um einige Nummern vermehren wollen. Der bayerische Oberstleutnant Hugo von Helwig, der 1870/71 Ordonnanzoffizier von der Tann's war, erzählt in seinem Werke: „Ludwig Freiherr von der Tann. Eine Lebensskizze" (Mittler und Sohn 1882), daß in der Nacht vom 3. auf den 4. Dezember einige feindliche Ueberläufer, die es bekanntlich auch bei stehenden Heeren giebt, eingebracht wurden. „Bei dem Anblick dieser halberfrorenen und halbverhungerten feindlichen Soldaten, schreibt Helwig weiter, mochte man kaum erwarten, daß der Gegner noch so zähen Widerstand zu leisten vermöge, wie er ihn in den nächsten Tagen bei Beaugency entgegensetzte." Bezeichnend sind auch die schweren Verluste, welche das erste bayerische Korps im Kampfe gegen diese Nationalgarden, die aber nicht entfernt so sorgfältig ausgebildet waren wie die Schweizer Miliz, hatte. Vom 1. bis 10. Dezember verlor das Korps in 8 Gefechtstagen 245 Offiziere und 5406 Mann, somit 33 Prozent seines Bestandes. Den Preußen ging es übrigens auch nicht besser. So schrieb in Nr. 3 des Militärwochenblattes 1900 ein ehemaliger Ordonnanzoffizier der zweiten Armee: „Als um die Mitte Dezember die aufreibenden Kämpfe an der Loire und am Loire vorüber waren und wir die stark geschmolzenen Kadres der Armee vorbeiziehen sahen, den erbärmlichen Zustand der Bekleidung und die Ermüdung der Truppen, überzeugte sich die Mehrzahl von uns, wie recht (der Generalstabschef) Stiehle gehabt hatte! (Nämlich mit der möglichsten Vermeidung der Offensive).

Der zweite Theil des Buches giebt eine eingehende Beschreibung des Schweizerischen Miliz-Systems, die wir des Raumes wegen nicht erörtern können. Auch gewährt Bebels Broschüre: „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr", gegen welche sogar ein veritabler preußischer General, Herr von Boguslawski, mit einer Gegenschrift mobil machte, freilich nur, um dafür von Bleibtreu jämmerlich zugedeckt zu werden, hier einen Einblick. Welch' große Vortheile in einem derartigen Milizsystem liegen, mögen folgende Zahlen lehren. Die Schweiz zählt um zwei Millionen weniger Einwohner als Bayern, kann aber trotzdem eine nahezu so große Armee wie die bayerische im Kriegsfalle auf die Beine bringen (414 000 Mann) und verausgabt im Frieden für seine Armee nur 20 Millinnen Mark pro Jahr, während Bayern mehr als das Dreifache, nämlich 67 Millionen verbraucht.

Nun ist aber Moch durchaus nicht blind gegen die Mängel der Schweizerischen Miliz, sondern er bespricht sie eingehend im nächsten Kapitel, und erst, nachdem er auf diese Weise das Bild einer möglichst vollkommenen Miliz entworfen hat, geht der Verfasser daran, im dritten Theile eine Reorganisation der französischen Armee, inklusive Kolonialarmee, vorzuschlagen. Bei dieser Gelegenheit kommt Moch auch auf die französische Kolonial- und Marinefexerei, wobei er wieder Aeußerungen macht, die auch für Deutschland sehr zutreffend sind. Nach der Konstatirung der Thatsache, daß die Bewachung der französischen Kolonien allein dreimal mehr kostet, als der Besitz dem Staatsschatz einbringt, fährt der Autor fort:

„Das ist eine Feststellung, aus der man sehr interessante Schlüsse ziehen könnte. Ich beschränke mich darauf, hier zu bemerken, daß unseren kolonialen Freunden, deren Lieblingssport darin besteht, die Karten von Asien und Afrika zu bemalen, eine schwere Verantwortlichkeit auferlegt wird, so daß es die Pflicht eines jeden vorausschauenden Bürgers ist, sich mit aller Kraft allen Versuchungen einer weiteren Kolonialexpansion zu widersetzen."

Und hinsichtlich des auch in Frankreich üblichen Gewäsches, daß der Handel der Flagge folge, sagt Mosch unter Andern:

„Wenn wir tüchtige Fabrikanten haben, die sich bemühen, die Bedürfnisse und den Geschmack der fremden Kundschaft zu befriedigen, wenn wir gute Kaufleute haben, die vor Reisen und längerem Aufenthalt im Ausland nicht zurückschrecken und der Nachfrage zu entsprechen wissen, werden die Fremden diese Fabrikanten und Kaufleute dringend nöthig haben, sie werden sich hüten, bei ihnen Anstoß zu erregen und werden die mit ihnen abgeschlossenen Verträge beachten, ohne daß es nöthig sein wird, ihre Städte zu bombardiren."

Und bezüglich des Verhältnisses zwischen Frankreich und England führt Moch folgenden Ausspruch des Admirals Reveillere an, den man sich auch in Deutschland hinter die Ohren schreiben dürfte:

„Auf die Gefahr hin die berufsmäßigen Patrioten erzittern zu machen, zögere ich nicht, zu erklären: die Wohlfahrt Englands ist eine Grundbedingung der Wohlfahrt Frankreichs. Man kann es nicht genug wiederholen: England ist unsere beste Kolonie, es ist der eifrigste Konsument unserer Produkte. Je reicher es ist, umso besser werden wir gedeihen."

Endlich sei noch ein von Moch zitirtes Wort erwähnt, das angesichts der deutschen Milliardenverschleuderung für

*) „Die Armee der Demokratie" von Gaston Moch, Kapitän der Artillerie a. D. Aus dem Französischen übersetzt von Alfred Hermann Fried. Verlag von Dietz Nachfolger, Stuttgart, 1900. 466 S. Preis brosch. 4 Mk., geb. 4 Mk. 60 Pf.

Sumpfland.

Roman von Dora Duncker.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Mit einer verhaltenen Leidenschaft, die in diesem Augenblick nicht einmal eine erlogene war, legte Rudolf seine Hand auf Martha's Arm.

„Martha — hör' auf, mich so zu kränken. — Ich glaubte, Du habest mich aus Liebe geheirathet — wie konnte ich wissen, daß Dir so viel an den Examina lag, die ich gemacht zu haben vorgab — so viel an dem Rechtsanwalt?"

Martha zuckte zusammen.

„Nichts von diesem Titel — still — sie höhnen mich noch heute damit. „Frau Rechtsanwalt" — sie schreien es mir nach, wenn ich die Mäntel zur Fabrik trage, und lachen hinter mir her."

„Was nicht ist, kann ja noch werden, Martha. Wenn Du wieder zu mir kämest — wenn ich wieder ein geordnetes Leben führte — es ist schon manch Dümmerer als ich Anwalt geworden."

Sie hörte nicht mehr auf seine Worte. Ihre ganze Aufmerksamkeit war wieder auf den Treppenflur gerichtet, auf dem sie Lieschens Schritte zu hören glaubte.

„Kommt das Kind?"

„Es scheint so."

Er riß die Uhr aus der Tasche.

„Höchste Zeit wäre es. Habe versprochen, spätestens halb Eins wieder am Schreibtisch zu finden zu sein. — Verdammt, wenn ich das versäumte. — Na, der Bengel, der Fritz weiß wenigstens, wo ich zu finden bin." Er hatte kaum ausgesprochen, als es an die Thür klopfte und auf Marthas halb verwundertes, halb ängstliches „Herein" besagter Fritz, Rudolf's Faktotum, den Kopf durch die Thür steckte.

„Näher, näher, was giebt's?"

Fritz, ein etwa fünfzehnjähriger Bursche mit verschmitztem, überreifem Ausdruck, machte der Frau einen Kratzfuß, und dann ganz nahe zu Rudolf tretend flüsterte er ihm etwas zu und steckte ihm einen Zettel in die Hand.

Martha verstand von dem ganzen Handel nichts als die Worte:

„Der Herr hat's sehr eilig gemacht."

„So, so — na, dann muß ich gehen — Adieu, Martha."

Er reichte ihr die Hand. Fritz stand grinsend dabei.

„Marsch, allons! — Was stehst Du hier und hältst Maulaffen feil?"

Die Thür flog hinter ihm zu.

„Hm — und Martha — überleg' Dir, was ich Dir gesagt — ich komme dieser Tage wieder — vielleicht Martha —" und er strich den schmutzigen, verknuddelten Zettel in seiner Rechten zärtlich mit der Linken glatt — „als gemachter Mann!"

Frau Rudolf athmete auf, als die Thür sich hinter ihm geschlossen hatte.

Dann strich sie mit dem Fingerrücken ein paar Mal über die geschlossenen Augenlider, als ob sie unliebsame Bilder verwischen wolle. Zu Mächtiges war aufgerührt worden durch des Mannes Gegenwart. Lang zurückgedrängte Gedanken und Gefühle stürmten über sie hin, aber am Ende ging alles Denken und Fühlen in dem einen flehend gestammelten Segenswunsche auf: „Gott, der Du mir das Kind gegeben, um das ich so viel gelitten, segne es und erhalte es mir. Alles will ich leiden, mein Gott — nur das Kind erhalte mir!"

Und während ihr Mund es leidenschaftlich murmelnd in die Frühlingssonne hineinsprach, die jetzt in breiten goldenen Strahlen die ärmliche Mansarde überfluthete, fühlte sie plötzlich zwei weiche, warme Lippen auf ihren gefalteten Händen, und an ihr Ohr schlug Lieschens helles, glückliches Stimmchen, das zärtlich sagte:

„Da bin ich, liebe Mutter — ein wenig spät, es gab so viel zu plaudern, aber jetzt bleibe ich den ganzen Tag bei Dir — und nun komm, wir wollen zu Mittag essen."

Martha schloß das reizende, kleine Geschöpf mit leidenschaftlicher Inbrunst in die Arme.

Dann setzten sie sich dicht nebeneinander an den kleinen Tisch und aßen die dünne Milchsuppe, die Kartoffeln und den salzigen Hering mit einem Wohlbehagen, um das jeder Feinschmecker sie hätte beneiden dürfen.

Die Sonne, die auf die Schneeglöckchen und die braunen, knospenden Ripsen in dem Wasserglase fiel, zauberte ihnen den ganzen herrlichen Frühling in das enge Gemach.

Frau Rudolf brachte es heute nicht übers Herz, dem Kinde zu sagen, daß sein Vater dagewesen sei.

Sie wußte, es würde ihm den Sonnenschein und das erste Frühlingsahnen verdunkeln.

2. Kapitel.

Rudolf schlug, nachdem er die vier steilen Treppen von Marthas Mansarde herabgestiegen war, nicht den Weg nach seiner eigenen Wohnung ein, welche gleichfalls im Mittelpunkt des gewerbetreibenden Berlins lag.

Er schwang sich auf eine gerade vorüberrollende Pferdebahn und fuhr dem Westen zu.

Am Potsdamer Thor stieg er aus und schritt nicht allzu eilig nach einer der elegantesten Straßen im Thiergartenviertel, in der Jacob Zenner, einer der Chefs der Firma

Marinezwecke auch in Deutschland eingebürgert gehört: „Man kann behaupten, daß die Verschwendung der Staatsgelder in der Marine organisirt ist."

Im Folgenden bringt der Verfasser genauere Details seines Reorganisations-Entwurfes. Nach diesem soll jeder Franzose vom 17.—46. Lebensjahre wehrpflichtig sein, nachdem er vom 13. Jahre ab die Militärknabenschulen besucht hat, wo er Turnen, Marschiren, Schießen, Kartenlesen lernt. Vom 17.—21. Lebensjahre gehören die Mannschaften zur Reserve des 1. Aufgebots, das aus den tauglichen Männern vom 21.—32. Jahre besteht. Das 2. Aufgebot bilden die Männer vom 33.—40. Jahre. Von da ab bis zum 46. Lebensjahre verbleibt der Mann im Landsturm. Vor der Einstellung in das 1. Aufgebot hat der Wehrpflichtige die Rekrutenschule zu absolviren, die je nach der Waffengattung 60—90 Tage dauert. Im ersten Aufgebot wird der Mann fünfmal, im zweiten einmal auf je 13—20 Tage einberufen. Die Vorbildung der Offiziere soll durch Offiziersvorbereitungsschulen, jene der Generalstabsoffiziere und solcher Offiziere, die Generalsstellen erreichen zu können glauben, in der Kriegsakademie geschehen. Zur Ueberwachung der Ausbildung sind besondere Instruktionsoffiziere, die Berufsoffiziere sind, vorgesehen.

Nun zu dem Gesammteindruck, den das Werk, das sehr gut übersetzt ist und gut ausgestattet ist, auf uns gemacht hat. Das Buch ist logisch und leicht verständlich geschrieben, es fehlt ihm auch nicht an jener geistreichen Ironie, in der die Franzosen Meister sind. Es ist auch frei von der gekünstelten Gelehrsamkeit und spekulativen Seiltänzerei, welche gerade die neueren deutschen Militärschriftsteller so negativ auszeichnen. Das Werk Mochs zeigt sowohl durch seinen Verfasser als auch durch seine Zitate, daß unter den französischen Offizieren eine erkleckliche Zahl solcher Männer ist, die Verständniß für die Forderungen unserer Zeit und die Nachtheile und Schwächen der stehenden Heere haben, während aus den Schriften deutscher Offiziere meist nur Selbstanbetung und völlige Verkennung der modernen Welt spricht.

Kapitän Moch wollte mit seinem Werk Allen, welche für die Milizideen kämpfen, eine gute Waffe in die Hand geben. Da ihm dies vollauf gelungen ist, so wäre nur zu wünschen, daß diese Waffe genügend geschätzt und verbreitet wird.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Holzarbeiter Krefelds befinden sich schon sechs Wochen im Kampf zur Erringung des Neunstundentages. Bis jetzt haben 15 Meister mit 126 Gehülfen bewilligt. 250 Gehülfen waren in den Ausstand getreten. Die Unternehmer senden ihre Agenten durch Deutschland, um Streikbrecher anzuwerben; es ist ihnen dies in einigen Fällen auch gelungen. So sind z. B. Arbeitswillige aus Hannover, Bochum und aus der Provinz Brandenburg eingetroffen. Der Zuzug muß ferngehalten werden, wenn die Holzarbeiter in dem Kampf Sieger bleiben wollen. — Der Streik der Textilarbeiter in Gent droht allgemein zu werden. Bisher streiken in Gent 3000 und in Renaix 2000 Arbeiter. Sie fordern 20 Prozent Lohnerhöhung und einen zehnstündigen Arbeitstag. Zwischen den katholischen, sozialistischen und liberalen Arbeitern herrscht volle Einigkeit.

Eine Delegirtenversammlung der Berliner Straßenbahnschaffner und Wagenführer hat in der Nacht zum Freitag in den Arminhallen stattgefunden, nachdem die Beamten der sämmtlichen Depots ihre Vertrauensmänner gewählt haben. Diese Versammlung hatte nur den Zweck einer Vorbesprechung, bei welcher die der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft zu unterbreitenden Forderungen festgelegt wurden. Diese lauteten: Erhöhung des Anfangsgehalts auf 100 Mark und des Höchstgehaltes auf 150 Mk. Innehaltung der zehnstündigen Arbeitszeit, zu welcher die Pausen auf den Endstationen, sowie die Zeit vom Dienstantritt auf dem Depot bis zur Abfahrt, sowie diejenige von der Beendigung der letzten Fahrt bis zur erfolgten Abrechnung zu rechnen sei, die möglichst strenge Durchführung der den Beamten zustehenden vier freien Tage im Monat. Bei ausnahmsweiser Nichtbewilligung eines solchen eine Entschädigung von sechzig Pfennigen pro Dienststunde. Schließlich wird noch die Einführung der Pensionskasse und die Entlassung des Oberinspektors gefordert werden. Die Delegirten werden die Forderungen in dieser Woche der Direktion unterbreiten. Falls die Forderungen nicht bewilligt werden, wollen die Straßenbahnangestellten noch in diesem Monat in den Streik eintreten. — Die Angestellten der Straßenbahn können bei ihrem Vorgehen gegen die Direktion auf die allgemeine Sympathie der Berliner Bevölkerung rechnen.

Die 22 gemeindlichen Arbeitsnachweise Bayerns haben sich zu einem Verband mit dem Sitze in München vereinigt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Zur Konitzer Mordaffäre liegt folgende Meldung vor: Nunmehr ist auch das Gutachten des Berliner Gerichtschemikers Bischof, dem der Inhalt der Mundhöhle des ermordeten Winter, sowie die in der Speisehöhle vorgefundenen Speisereste zwecks chemischer Untersuchung zugesandt waren, eingetroffen. Das Gutachten spricht sich dahin aus, daß Chloroform oder anderes Narkose herbeiführendes Mittel nicht gefunden worden sei. — Der Mörder der 4jährigen Tochter des Schneidermeisters Schwengler in Storchnest bei Lissa ist in der Person des 15jährigen Sattlerlehrlings Schwicarz verhaftet worden. Der jugendliche Mörder hat seine That bereits eingestanden. — Ein großer Brand ist nach einer Meldung der „Posener Zeitung" aus Inowrazlaw in der Donnerstag-Nacht in der Stadt Bartschin ausgebrochen, der die ganze Stadt in Asche zu legen droht. — Wie die „Leipziger Volkszeitung" meldet, ist der bekannte Dresdener Kommerzienrath Hoppse, welcher als Kassirer des Albertvereins 200 000 Mk. unterschlug und deshalb zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt wurde, urlaubsweise aus dem Gefängniß Hoheneck entlassen worden. — Der außerordentliche Fall, daß eine weibliche Person wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einem noch nicht 14jährigen Knaben zur Verantwortung gezogen wird, ereignete sich Donnerstag vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Das Dienstmädchen Kowaleska war bei einem Kaufmann in Stellung, in dessen Haushalt sich ein noch nicht 14 Jahre alter Sohn befand. Der Junge erkrankte, und die Art der Krankheit veranlaßte den Hausarzt, die Eltern zu der Feststellung aufzufordern, mit welchem Mädchen der Knabe in Berührung gekommen sei. Der Junge wurde ins Gebet genommen und gestand ein, daß er von dem Dienstmädchen zu unsittlichen Zwecken verführt worden sei. Mit Rücksicht auf die Thatsache, daß die Angeklagte, obgleich sie wußte, daß sie krank ist, so schamlos gehandelt und die Gesundheit des Knaben untergraben hat, beantragte der Staatsanwalt fünf Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Zuchthaus, wobei er annahm, daß die Angeklagte über ihren eigenen Gesundheitszustand im Unklaren gewesen sei. — Die Medewaldt'sche Mordaffäre in Berlin ist noch immer in ein geheimnißvolles Dunkel gehüllt. Auch die Haftentlassung des Tischlergesellen Willy Gluth ist eine Frage der Zeit. Es ist nicht der leiseste Anhalt dafür vorhanden, wer die That verübt habe. Voraussichtlich wird also auch der Medewaldt'sche Mord zu den ungesühnten hinzutreten, wodurch deren Zahl auf 15 in den letzten zehn Jahren angewachsen ist, von denen die an den Protestituirten Nitsche, Thiele, Singer, Günther, ferner an der Krankenpflegerin Helene Schweichel, der Handelsfrau Bertha Lange, des Dienstmädchens Klara Galle, des Knaben Willy Burr, des Bildhauers Valentini, der Schifferfrau Großnick zu den räthselhaftesten gezählt werden müssen. — Die „Koblenzer Volkszeitung" meldet aus Gerolstein: In der Gewerkschaft Jünkerath kippte ein Kessel mit flüssigem Eisen um, wodurch 23 Mann verunglückten. 7 sind vollständig verbrannt. — Im Monat März d. J. sind auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich der bayrischen — 16 Entgleisungen auf freier Bahn und 19 Entgleisungen in Stationen (je 3 bei Personenzügen), 2 Zusammenstöße auf freier Bahn und 17 Zusammenstöße in Stationen (je 1 bei Personenzügen) vorgekommen. Dabei wurden 2 Bahnbedienstete getödtet, 5 Reisende, 13 Bahnbedienstete und 5 Postbeamte verletzt. — Ein scheußliches Verbrechen ist in einer abgelegenen Straße des Pariser Vororts Colombes an einer Greisin verübt worden, die von einer Armenunterstützung und Almosen kärglich ihr Dasein fristete. Nachbarn fanden sie in ihrer elenden Hütte mit aufgeschnittenem Unterleibe auf ihrem Bette liegend. — In Castiglion-Fivrentino (Italien) tödtete ein Landmann, Namens Meurci, in einem Wahnsinnsanfall 9 Personen seiner Familie, verwundete andere Personen und zündete dann seinen Viehstall an, sodaß die Thiere verbrannten. Es gelang schließlich, ihn festzunehmen. — Aus Madrid wird berichtet: In Villanueva de la Serena (Badajoz) kam es aus Anlaß der Heuschreckenplage, die die dortige Gegend fortgesetzt furchtbar verwüstet, zu einem Aufruhr. Die Einwohnerschaft klagt die Hauptbesitzer der durchseuchten Ländereien an, daß sie nichts dagegen thun. Namentlich richtete sich die Volkswuth gegen eine Gutsbesitzerin, deren Haus gestürmt und geplündert wurde. Sie selbst, die krank darniederlag, wurde mitsammt dem Bett auf die Straße geschafft und sollte in einen rasch entzündeten Scheiterhaufen geworfen werden. Sie und eine andere Frau starben aber vor Schreck.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist in Essen ein Klempner Gustav Müller aus Wanne zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Wegen Majestätsbeleidigung, deren er sich am Abend vor Kaisersgeburtstag zu Osberghausen in einer Wirthschaft schuldig gemacht haben soll, wurde von der Strafkammer zu Köln der frühere Lehrer, jetzige Kommis und Handlungsreisende Joseph Günther aus Osberghausen bei verschlossenen Thüren zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Die Frau als Handwerker. Aus Berlin wird der „Frankf. Ztg." berichtet: Vor einigen Tagen hielt sich hier eine dänische Tischlermeisterin hier auf, die nach jahrelanger Arbeit sich jetzt eine geachtete Stellung errungen hat. Fräulein Cathrine Horsböll erhielt die erste Anregung zum Handwerk durch den Handfertigkeitsunterricht in der Schule ihrer Heimath Ribe in Jütland. Ihre praktische Ausbildung als Lehrling und Geselle machte sie in Kopenhagen durch; sie vervollkommnete sich dabei aber auch im Zeichnen. Im Jahre 1894 kam sie nach Berlin, wo sie als Geselle in der Achenbach'schen Tischlerei arbeitete. Obgleich ihr Eintritt das größte Erstaunen in der Werkstatt erregte, kamen ihr doch die Gesellen stets mit Achtung entgegen. Nachdem sie in Berlin drei Monate gearbeitet, ging sie nach Paris, wo sie in die Werkstatt eines deutschen Kunsttischlers eintrat, und dann kurze Zeit nach London. Mit großer Energie kam sie über alle pekuniären Schwierigkeiten hinweg. Ein Darlehn ermöglichte es ihr, eine Werkstatt in Kopenhagen einzurichten. Die Kronprinzessin von Dänemark wurde auf Frl. Horsböll aufmerksam und regte sie an, Rokokomöbel für die dänische Ausstellung anzufertigen. Die ausgestellten Möbel hatten solchen Erfolg, daß die unternehmende Tischlermeisterin für eine ansehnliche Summe verkaufte. Ihr Ruf war nun begründet. Sie eröffnete bald eine größere Werkstatt, und heute beschäftigt sie einen Werkführer, einen Architekten, der die Entwürfe für die Möbel zeichnet, 15 Gesellen und eine Anzahl Lehrlinge, unter denen drei Frauen sind. In einer der schönsten Straßen Kopenhagens besitzt Frl. Horsböll einen Laden und widmet sich jetzt nur der Leitung des Geschäfts und der Anknüpfung von Geschäftsverbindungen. Sie erhält Aufträge, ganze Wohnungseinrichtungen herzustellen, und hat Lieferungen nicht nur für Dänemark, sondern auch für Norwegen, Schweden und Rußland. Frl. Horsböll ist die Tochter eines Volksschullehrers und hat eine gute Schulbildung genossen. Trotz ihrer 26 Jahre weiß Frl. Horsböll sich bei ihren Leuten in Respekt zu setzen; sie ist überaus beliebt bei ihnen. Frl. Horsböll hofft in absehbarer Zeit in ihrer Werkstatt den Achtstundentag einführen zu können.

Der Zahn Cronje's. Cronje hat sich auf St. Helena einen Zahn ziehen lassen, und wie englische Blätter versichern, hat man sich um diese zarte Reliquie förmlich geschlagen. Den Sieg trug schließlich der Arzt davon, der ihn gezogen hatte; vielleicht kommt er auf den guten Gedanken, ihn auf seinen Affichen zu verwenden.

Weißholz u. Zeuner, Fabrik für elektrische Maschinen, seine Privatwohnung hatte.

Trotzdem Rudolf's äußere Erscheinung mit ihrer schäbigen Aufgeputztheit weder etwas Empfehlenswerthes hatte, noch zu der gediegenen Pracht der Wohnung stimmte, die er im ersten Stock betrat, wurde er doch ohne Weiteres vorgelassen, ja, er schien schon mit kaum verhehlter Ungeduld erwartet worden zu sein, denn kaum hatte er den mit Gobelins und altertümlich geschnitzten Schränken ausgestatteten Vorsaal durchschritten, als ihm der Hausherr schon entgegenkam.

„Schnell, schnell, Rudolf, wo bleiben Sie denn? Sie lassen ja eine Ewigkeit auf sich warten, und die Zeit ist mir heute mehr Geld denn je."

„Ich war nicht zu Hause, Herr Zeuner — hm — ich meine, diesen Luxus dürfte ich mir ja wohl mal erlauben."

Der Andere murmelte etwas zwischen den Zähnen, das etwa wie „Unverschämter" klang, aber er erwiderte nichts Vernehmbares auf Rudolf's herausfordernde Antwort.

Inzwischen hatten sie ein mit raffinirtem Luxus ausgestattetes Arbeitszimmer betreten. Zeuner hatte es hinter ihnen abgeschlossen, über der geschlossenen Thür eine dicke Portiere zusammengezogen und Rudolf zum Ueberfluß noch an einen von der Thür möglichst entfernten Platz geschoben.

„Reden Sie leise und fassen Sie sich kurz."

„Ich habe nichts zu reden, Herr Zeuner — ich denke, ich bin gerufen worden, um zu hören!"

Zeuner trat heftig mit dem Fuß auf, aber man hörte es nicht, so dick war der kostbare Teppich, der durch das ganze Zimmer lief.

„Wollen Sie etwa behaupten, Sie wüßten nichts davon, daß die Tendenz an der Börse seit gestern umgeschlagen, und das ganze Geschäft zum Teufel ist — zum Teufel, Herr, — und das zum dritten Mal in einem Monat — dank Ihrer Umsicht!"

Rudolf zuckte die Achseln.

„So was kommt vor," meinte er kaltblütig, „und dann, was will der Verlust von ein paar Tausenden sagen, wenn man mit Hunderttausenden spekulirt wie Sie! Setzen wir auf eine andere Karte —."

„Ich habe nichts mehr zu setzen, Sie wissen das so gut wie ich," brauste Zeuner auf.

„Nicht heute, aber morgen."

„Wenn ich das Geschäft verkaufen kann, ja."

„Ich denke, es ist so gut wie verkauft — oder ist dieser Krüger abgeschnappt?"

„Im Gegentheil — wie versessen ist er darauf nach der neuesten Weißholz'schen Erfindung."

„Ist auch baar Geld diese Erfindung? —"

„Baar Gold sogar, nur daß der Tropf, der Weißholz selber nichts davon weiß."

„Desto besser für Sie —"

Zeuner wand sich unschlüssig in seinem Plüschsessel hin und her.

„Er weiß es nicht, aber der Andere, der Hellweg, weiß es desto besser."

„Warum haben Sie diesen superklugen Ingenieur nicht längst bei Seite geschafft? Streit suchen — an die Luft setzen."

„Dazu ist jetzt keine Zeit mehr. Krüger drängt auf Abschluß und ich — hm — ich muß den Kaufpreis eher morgen als heute in die Hand kriegen — sonst — na, Sie verstehen mich, Rudolf."

Rudolf kratzte sich wie nachdenklich auf dem kurzgeschorenen Kopf.

Er gab vor, mühselig nachzudenken, während er doch längst mit seinem Plan fertig war, wie der Andere muthmaßlich auch.

Er wolle Zeuner Zeit lassen, das entscheidende Wort zu sprechen.

Der war indeß, aus seiner scheinbar trägen Ruhe sich aufraffend, aufgesprungen und rannte mit langen Schritten auf und nieder.

Endlich, nachdem er, ein Zeichen äußerster Unentschlossenheit, die Stirn wiederholt mit dem Zeigefinger gerieben, blieb er vor Rudolf stehen und sagte:

„Ich denke, ich mache es so: Ich kündige dem unbequemen Menschen, dem Hellweg, sofort, damit er Krüger nicht vorher über den Weg läuft und Dinge zum Besten giebt — na, Sie verstehen schon."

„Vollkommen. Selbstverständlich wird er unter dem billigen Vorwand entlassen, daß das Geschäft nicht mehr genug abwerfe, einen ersten Ingenieur zu zahlen, die Abfindungssumme für die noch restirende Zeit des Vertrages müßte natürlich vom Kaufgelde genommen werden."

„Ja, ja, das geht. Krüger hat sich verpflichtet, bei Unterschreibung des Kontraktes eine sofortige Anzahlung von 20 000 Mk. zu machen."

„Na also!"

„Und Weißholz, mein Sozius?"

Wieder rieb Zeuner die Stirn mit dem Zeigefinger.

Rudolf zuckte gleichgiltig die Achseln.

„Mit diesem Bücherwurm, diesem unpraktischen Gelehrten, der seit Jahren nichts Anderes weiß, als daß die Fabrik nur kärglichsten Gewinn abwirft, werden Sie doch wohl fertig werden, wenn der ehrgeizige Schnüffler, der Hellweg, erst einmal entfernt ist —"

„Ich denke auch."

Aber es kam so zögernd heraus, als ob noch eine Welt von Zweifeln ihm im Hirn wühlte. — Rudolf wußte genau, was nun kommen mußte. Aber nicht mit einer Wimper zuckte, geschweige denn mit einem Worte erleichterte er es seinem „Brotherrn", das letzte entscheidende Wort zu sprechen, ohne welches das ganze unsaubere Geschäft hinfällig — ja unmöglich war.

Eine schwüle Pause, die sich für Zeuner ins Unendliche zu dehnen schien. Heiß und beklommen legte sichs auf seine Brust.

Aber was half's, es mußte gesagt sein.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.